

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg Geschäftsführerin: Ingrid Schumann
Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher(04 61) 2 67 08 Au-
ßerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag: 20 DM für Einzelmitglieder, 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50) Spurkusse
NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00) Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ
200 100 20)

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

Heide Moser

Sozialpolitik in Schleswig-Holstein.....49

Gottfried Lorenz

Flensburg Avis -

eine dänische Zeitung in Deutschland (Teil II).....54

Johannes Jensen

Die Deutsche Sankt-Petri-Gemeinde und die Deutsche

Sankt-Petri-Kirche in Kopenhagen.....68

Umschau ab Seite 96

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.

Sie erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Jörn-Peter Leppien, Hedwig-Marggraff-Str. 21, 24955 Harrislee Artur Thomsen (verantwortlich), Holstengang 4, 24937 Flensburg
Redaktionsanschrift: Hafendamm 15. 24937 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH - Am Sophienhof 9, 24941

Flensburg Druck: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Sozialpolitik in Schleswig-Holstein

Besondere Probleme der Grenzregion?

von HEIDE MOSER*

Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin gerne heute zu Ihnen nach Husum gekommen, um Ihre Jahresversammlung zu nutzen, Sie und Ihre Arbeit ein bißchen besser kennenzulernen, als das von Kiel aus möglich ist. Natürlich weiß ich von Ihrem Engagement, vor allem im sozialen Bereich und der sozialpädagogischen Jugendarbeit. Beides sind Schwerpunkte auch in der Arbeit des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit.

Einige Probleme, das will ich gerne zugeben, hat mir allerdings das Thema bereitet, das Sie mir gestellt haben. „Sozialpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Grenzregionen“ - das hat bei mir doch einige Fragen aufgeworfen. So zum Beispiel:

- Sind die Probleme Jugendlicher *hier* andere als im übrigen Land?
- Was unterscheidet einen Familienvater, der *hier* seine Arbeit verliert, von einem z.B. aus dem Kreis Ostholstein?

Um es gleich vorwegzunehmen: Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß die Probleme, vor denen wir heute stehen, überall im Lande die gleichen sind. Und so läßt es sich vielleicht auch am besten erklären, daß es keine ausgesprochene Grenzlandpolitik der Landesregierung gibt.

Um Mißverständnissen gleich vorzubeugen: Das heißt nicht, daß die Landesregierung nicht die Wichtigkeit und Notwendigkeit Ihrer Arbeit und der der drei anderen Grenzverbände sehen würde. Im Gegenteil: Sie haben mitgeholfen und dazu beigetragen, aus der Nachbarschaft von Deutschen und Dänen eine Partnerschaft werden zu lassen, und Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts hier in der Region. Dies will und wird die Landesregierung auch weiterhin fördern.

Unsere Hauptarbeit und unser Hauptanliegen besteht allerdings darin - und muß darin bestehen - Probleme landesweit zu sehen, zu lösen oder zumindest zu lindern. Das bedeutet, wir in Kiel sind die Generalisten, die

* Rede der Ministerin für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit im Lande Schleswig-Holstein anlässlich der Jahresmitgliederversammlung des Grenzfreidensbundes am 7. Mai 1994 in Husum.

sich aber darauf verlassen können, daß regionale „Zusatz“-Probleme regional gelöst werden - u.a. im Grenzland durch Organisationen wie die Ihrige.

Ich glaube, ich muß Ihnen nicht erzählen, daß die Probleme im umfassenden Bereich der Sozialpolitik sehr groß sind und in der Zukunft eher wachsen als abnehmen werden. In der reichen Bundesrepublik ist heute nahezu jeder zehnte Bürger arm. Arm in dem Sinn, daß er weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens der Haushalte zur Verfügung hat. Ein krasser Index für Armut ist der Sozialhilfebezug - also der Bezug von 519,- DM für die Deckung der täglichen Bedürfnisse. 4,9 Millionen Menschen nehmen in der Bundesrepublik heute Sozialhilfe in Anspruch. Etwa ein Drittel davon sind Kinder und Jugendliche. Und das ist auch in Schleswig-Holstein so.

Auf der anderen Seite ist die Bundesrepublik in den letzten Jahren aber auch immer reicher geworden. Diese wachsende Ungleichheit - den 4,9 Millionen Sozialhilfeempfängern stehen eine Million Menschen gegenüber, die mehr als 10.000,- DM monatlich zur Verfügung haben - läßt sich auf die einfache Formel bringen: „Die Armen werden immer ärmer, und die Reichen werden immer reicher“. Und in der gegenwärtigen Struktur und Ausrichtung von Sozialpolitik führen die gleichen Gründe, die Menschen arm machen, auch zu einer „Ausplünderung“ der öffentlichen Kassen. Um dem entgegenzusteuen, brauchen wir einen neuen Ansatz aktiver Sozialpolitik mit einer Umorientierung auf vielen Politikfeldern. Das betrifft zwar in erster Linie die Bundesregierung, aber auch Länder müssen sich daran messen lassen. Ich will mich hier auf zwei der wichtigsten Politikfelder beschränken: Eine neue Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie eine sozial gerechtere Familienpolitik.

Beschäftigungspolitik muß gerade in Zeiten, in denen die anhaltende Massenarbeitslosigkeit den gesellschaftlichen Frieden zu sprengen droht, Vorrang vor allen anderen Politikfeldern haben. Nur ein konstruktives Zusammenwirken aller Beteiligten kann es möglich machen, der Arbeitslosigkeit etwas mehr als nur punktuell gegenzutreten. In Schleswig-Holstein wird die Landesregierung deshalb nach den beiden erfolgreichen Programmen „Arbeit für Schleswig-Holstein I und II“ ein Nachfolgeprogramm „ASH III“ auflegen, dessen Schwerpunkte und konzeptionelle Neuansätze zur Zeit mit allen am Arbeitsmarkt und am Wirtschaftsleben Beteiligten erarbeitet werden. Dabei soll es neben einigen neuen Schwerpunkten vor allem darum gehen, Maßnahmen zu konzipieren, mit denen im größtmöglichen Umfang Mittel der Europäischen Union gebunden werden können. Der in der Endphase des Programms ASH II schon

verstärkt eingesetzte Programmpunkt „Arbeit statt Sozialhilfe“ wird mit ASH III noch erweitert.

Ein neuer integrativer Ansatz für Mehrbeschäftigung ist aber auch das Konzept für einen Fonds „Arbeit PLUS“. Damit wird an die Kreativität und die Bereitschaft vor Ort appelliert, bei notwendigen regionalen Investitionen gezielt Menschen zumindest für eine begrenzte Zeit in sinnvolle Beschäftigung zu bringen. Mit „Arbeit PLUS“ kann es zum Beispiel gelingen, dem Ziel der Verwirklichung eines Kindergartenrechtsanspruchs näher zu kommen, dabei Investitionen und Beschäftigung zu schaffen und darüber hinaus neue sichere Dauerarbeitsplätze durch den Betrieb des Kindergartens. Dieses Beispiel kann auf viele andere Bereiche übertragen werden.

Ich will an dieser Stelle auch gerne einmal zurückblicken auf das vergangene Jahr und damit gleichzeitig den Regionalbezug zur Grenzregion herstellen. So konnten im vergangenen Jahr aus den Nordkreisen insgesamt 2.443 Personen über ASH II gefördert werden, und beim Programm „Konver“ sind bisher ausschließlich Maßnahmen aus den Grenzkreisen zu Dänemark gefördert worden. Das waren im vergangenen Jahr 56 Personen. Für dieses Programm hat die Europäische Union insgesamt eine Million DM über das Ministerium für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit bereitgestellt, damit von der Standort- oder Rüstungskonversion betroffene Betriebe oder Einzelpersonen wieder eine zukunftssichere Arbeit finden. Die jeweiligen Komplementärmittel stellt die Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung.

Lassen Sie mich jetzt zu dem zweiten Baustein, einer sozial gerechteren Familienpolitik, kommen. Entgegen der Programmatik, die man von einer CDU-geführten Bundesregierung erwartet, gehören die Familien heute, insbesondere die kinderreichen, zu den vernachlässigsten Zielgruppen der Politik. Kinder zu haben, erst recht mehrere Kinder, ist neben der Arbeitslosigkeit ein großes Armutsrisiko in der Bundesrepublik. Ich habe es vorhin bereits erwähnt, daß etwa ein Drittel aller Sozialhilfeempfänger Kinder und Jugendliche sind - Menschen also, die die Zukunft unseres Sozialwesens sind und von Kindheit an ausgegrenzt und in eine Armutskarriere gedrängt werden.

Instrumente für mehr Solidarität in einer aktiven Sozialpolitik sind ein neuer Familienlastenausgleich sowie eine intensive kompensatorisch wirkende Politik für Kinder und Jugendliche. Die SPD-Bundestagsfraktion tritt deshalb für eine wesentliche Verbesserung des Familienlastenausgleichs ein. Sie fordert ein allgemeines Kindergeld von 250,- DM und die Abschaffung der steuerlichen Kinderfreibeträge, um die Ungleichheit der

Lebensbedingungen ein Stück ausgleichen zu können.

Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat sich neben dem Bemühen in der Kinder- und Jugendhilfeprogrammatik viele einkommensorientierte Maßnahmen vorgenommen. Dazu gehören die Hilfen, die wir Familien oder alleinstehenden Frauen und Männern mit Kindern und alleinstehenden schwangeren Frauen über die Stiftung „Familie in Not“ bieten können, Familienfreizeitprogramme, Familienferienmaßnahmen, aber auch der verstärkte Ausbau der Kindergartenförderung.

Dazu gibt es bereits jetzt eine eindrucksvolle Bilanz in Schleswig-Holstein. In den letzten fünf Jahren der CDU-Regierung von 1983 bis 1987 förderte das Land die Kindergärten mit 3,1 Millionen DM. In den Jahren der SPD-Verantwortung sind von 1988 bis einschließlich 1993 in diesen Bereich über 30 Millionen DM geflossen. Damit wurden ca. 9.400 neue Kindergartenplätze und rund 2.300 Krippenplätze, Hortplätze und Ersatzkindergartenplätze geschaffen.

Nach meiner Information sind Sie als Grenzfriedensbund nicht Träger von Kindertageseinrichtungen. Diese Aufgabe nehmen dänische Kindergärten und Kindergärten der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig e. V. wahr, die vom Ministerium nebeneinander gefördert werden. Und wenn auch für die Aufnahme in einen dänischen Kindergarten besondere Bedingungen gelten, werden die Träger dänischer Kindergärten in der gleichen Weise behandelt wie deutsche Jugendhilfeträger, d.h. sie unterliegen ebenso dem Kindertagesstättengesetz.

Und lassen Sie mich auch das an dieser Stelle einmal sagen: Trotz aller Anstrengungen der vergangenen Jahre ist die Bedarfsdeckung für Kindergartenplätze in Schleswig-Holstein noch lange nicht erreicht. Sie wissen, daß die Bundesregierung zum 1.1.1996 einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz festgesetzt hat. Die Realisierung dieses Rechtsanspruchs würde uns sehr viel leichter fallen, wenn sie damit auch die Mitfinanzierungspflichten des Bundes realisiert hätte. Da dies nicht geschehen ist, setzen wir uns als Land für eine zeitliche Streckung des Rechtsanspruchs bis zum 1.8.1998 ein.

Ich will es damit einmal bewenden lassen, obwohl ich weiß, daß ich zahlreiche Fragen und Probleme nicht einmal angerissen habe. Aber zu der Gesamtproblematik könnte ich mühe- und manuskriptlos mehrere Stunden reden. Das würde meinen Terminplan und Ihre Tagesordnung sprengen. Aber ich möchte zum Schluß meiner Ausführungen doch gerne noch einmal auf Ihre Arbeit eingehen. Ihren Sachbericht habe ich mit Interesse und - soweit man das angesichts der Thematik sagen darf - mit Freude gelesen.

Neben den Informationsfahrten und den zahlreichen Hilfen in Einzelfällen haben Sie auch internationale Jugendbegegnungen und kulturelle Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung unterstützt. Sie haben damit vielen jungen Menschen den Kontakt mit „Fremden“ ermöglicht. Ich bin überzeugt davon, daß solche Kontakte, vor allem in jungen Jahren, eines der wirksamsten Mittel gegen Fremdenfeindlichkeit sind. Somit bieten internationale Jugendbegegnungen eine gute Möglichkeit, Rechtsextremismus vorzubeugen.

Landesweit wird in diesen Tagen zur „Woche der guten Nachbarschaft“ aufgerufen. Es wird überall Aktionen geben, die Fremdenfeindlichkeit abbauen und unsere ausländischen Nachbarn stärker integrieren sollen. Ich hoffe natürlich, daß sich diese Woche überall in Schleswig-Holstein als ein selbstverständliches Stück guter Nachbarschaft fortsetzen wird. Und ich weiß, daß es hier in der deutsch-dänischen Grenzregion die gute Nachbarschaft immer gibt. Dafür stehen auch die vier deutschen Grenzverbände: der Deutsche Grenzverein, die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig, der Schleswig-Holsteinische Heimatbund und Sie - der Grenzfriedensbund. Und in diesem Sinn wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg für Ihre Arbeit und bei Ihrer täglichen Nachbarschaftspflege.

Flensburg Avis - eine dänische Zeitung in Deutschland

Beobachtungen eines Lesers aus dem Hamburger Umland
1988 bis 1993 Teil II

von *GOTTFRIED LORENZ*

5. 6 Deutsche Einigung

Die Haltung, die Flensburg Avis zur deutschen Einigung in zahlreichen Artikeln einnahm, war, von wenigen feindseligen Beiträgen abgesehen, weitgehend nüchtern, distanziert, ähnelte vielfach der Position Lafontaines.

Besorgt zeigt sich Flensburg Avis über die Zunahme des deutschen Einflusses in Europa; die Zeitung beobachtet deswegen die deutsche Politik in ihrem Verhältnis zu den Nachbarn besonders aufmerksam - der Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse, die Politik der deutschen Bundesbank haben kritische Kommentare zur Folge gehabt²⁴. Andererseits fürchtet Flensburg Avis soziale Spannungen in Deutschland und eine daraus resultierende innenpolitische Destabilität. Besorgnisse in dieser Richtung waren schon bald nach dem Fall der Mauer artikuliert worden²⁵.

Aufmerksam, ausführlich und mit großer Sorge beobachtet Flensburg Avis die deutsche rechte und rechtsradikale Szene, jeder Gewaltakt wird zumeist sowohl im dänisch- als auch im deutschsprachigen Teil registriert.

5. 7 Europa

Wesentlich kritischer als das Zusammenfügen der beiden deutschen Nachkriegsstaaten - aber ursächlich damit zusammenhängend und vor dessen Hintergrund, abgesehen von innenpolitischen Gegensätzen in Dänemark -, wurde in Flensburg Avis im Zusammenhang mit den dänischen Volksabstimmungen der Einigungsprozeß im Rahmen der EG gesehen. Die Zeitung räumte den Gegnern des Zusammenwachsens der EG-Staaten zu einer Union, vor allem auch dem Landtagsabgeordneten des SSW, breiten Raum ein.

Man sieht vielfach in der EG den (vor allem deutschen) Versuch, Dänemark zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen, es politisch, kulturell, sprachlich an den Rand zu drängen, zu einer deutschen Provinz, zum 17. Bundesland zu machen, alles spezifisch Dänische auszulöschen²⁶.

5. 8 Die deutsche Minderheit in Nordschleswig

So wenig die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig mit der deutschen Minderheit in Nordschleswig ideologisch gemein hat, da nach dänischem Verständnis das Dänische in Schleswig autochthon ist, scheinen doch Erfahrungen als Minderheit in einer mehrheitlich anders orientierten Umgebung Gemeinsamkeiten hervorzurufen, die verbinden und Verständnis erzeugen. Es fällt auf, daß im gesamten fünfjährigen Beobachtungszeitraum nur wenige Artikel - zudem stets von denselben zwei, drei Verfassern - in Flensburg Avis zu finden sind, die sich in gehässiger Weise mit der deutschen Minderheit beschäftigen und das Feindbild „Heimdeutsche“ pflegen. Davon abgesehen, berichtet Flensburg Avis sachlich oder distanziert-verständnisvoll über Vorgänge in der deutschen Minderheit²⁷.

5. 9 Nationale Minderheiten in Europa

Die generellen Erfahrungen als Minderheit verbinden die dänische Minderheit in Deutschland nicht nur mit der deutschen Minderheit in Nordschleswig, sondern auch mit allen anderen europäischen nationalen Minderheiten. Ihnen wendet Flensburg Avis immer wieder sein Interesse zu. Dies gilt in noch stärkerem Maße für die Arbeit der Union der Europäischen Minderheiten (FUEV), deren Sekretariat sich in Flensburg befindet und in der Vertreter beider Minderheiten des deutsch-dänischen Grenzlandes in führender Position arbeiten.

Generell interessieren Flensburg Avis alle Unternehmungen, die dazu dienen, die Rechte der Minderheiten festzulegen, zu sichern und zu erweitern - so auch diejenigen im Rahmen der KSZE oder des Komitees für Sprachminderheiten.

5. 10 Neufassung von Art. 5 Landessatzung Schleswig-Holstein

Ein Dauerthema in Flensburg Avis ist die Stellung der Institutionen der dänischen Minderheit innerhalb der einzelnen Kommunen und Kreise des Landesteils Schleswig. Die Minderheit verlangt ihre Gleichstellung mit der Mehrheitsbevölkerung vor allem auch in finanzieller Hinsicht. Ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung mit der Mehrheitsbevölkerung gelang der dänischen Minderheit im Mai 1990 mit der - einstimmig erfolgten²⁸ - Änderung des Artikels 5 der Landessatzung des Landes Schleswig-Holstein und der dadurch erfolgten Sicherung der Minderheitenrechte.

Von Seiten der dänischen Minderheit - und von Flensburg Avis - ist die Änderung der Landessatzung (überwiegend) begrüßt worden²⁹. Doch gab es auch skeptische Stimmen³⁰, die sich in der Praxis zu bewahrheiten scheinen, verfolgt man Flensburg Avis mit ihren zahlreichen Berichten im dänisch- wie deutschsprachigen Teil über die nach wie vor zu konstatierende finanzielle Ungleichbehandlung in Kommunen, Kreis und Land.

5. 11 Sicherung der Minderheitenrechte im neuen Grundgesetz Deutschlands

Der dänischen Minderheit — und damit Flensburg Avis - gilt die Änderung der schleswig-holsteinischen Landessatzung eher als Etappenziel denn als endgültiger Durchbruch zur völligen und rechtlich gesicherten Gleichberechtigung mit der Mehrheitsbevölkerung. Um dies zu erreichen, verlangt die dänische Minderheit die Sicherung der Minderheitenrechte in der neuen deutschen Verfassung, und dies um so mehr, als sie nach der Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten einerseits generell eine Minderung ihres Einflusses und andererseits die Gründung eines Bundeslandes „Nordstaat“ fürchtet, in dem Schleswig-Holstein eine Randregion wäre und die dänische Minderheit in den Windschatten gerieht.

In dem Minderheitenartikel des neuen Grundgesetzes sollen neben der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe alle anderen Minderheiten Deutschlands berücksichtigt werden, zu denen K. O. Meyer neben den Sorben die Polen im Ruhrgebiet zählt sowie die Sinti und Roma. Vor allem dieser wegen konnte sich die Verfassungskommission in der Nacht zum 2. Juli 1993 nur auf einen Kompromiß für die Fassung des Artikels 20 b GG einigen, was zu recht unterschiedlichen Reaktionen führte, die alle in Flensburg Avis wiedergegeben wurden³¹. Nach Ansicht von Flensburg Avis und führender Personen der Minderheit sollte dem verabschiedeten Wortlaut „Der Staat achtet die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten“ hinzugefügt werden, daß er sie schütze und unterstütze - wie dies in Art. 5 der Landessatzung ausgeführt wird. Statt dessen jedoch ist seit Mitte Dezember 1993 fraglich, ob die Verfassungskommission überhaupt einer Minderheitenregelung zustimmen werde³².

5. 12 Ausländerwahlrecht

Krönender Abschluß der Entwicklung der Gleichstellung der Minderheiten und Volksgruppen mit der Mehrheitsbevölkerung wäre für die Repräsentanten der dänischen Minderheit und für Flensburg Avis die im Grundgesetz verankerte Einführung des Wahlrechts für Ausländer, wovon u. a. die dänische Minderheit aufgrund ihres nicht unerheblichen reichsdänischen Anteils profitieren würde. Die Klage der CDU beim Bundesverfassungsgericht gegen das für die schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen 1990 beschlossene modifizierte Ausländerwahlrecht, die nachfolgende einstweilige Anordnung sowie die Entscheidung des höchsten deutschen Gerichtes gegen die die Ausländer betreffenden Bestimmungen im Wahlgesetz Schleswig-Holsteins lösten 1989 und im November 1990 in Flensburg Avis eine äußerst unfreundliche Reaktion - insbesondere auch des Chefredakteurs und K. O. Meyers - gegen die CDU und das Bundesverfassungsgericht aus³³.

5. 13 Das Dänemarkbild der Minderheit

Das Dänemarkbild der dänischen Minderheit, gespiegelt in Flensburg Avis, ist weitgehend ein Idealbild. Dänemark ist hiernach die Kraftquelle der Minderheit, Dänemark wird Deutschland als Vorbild empfohlen; darüber hinaus fühlt man sich dem gesamten Norden verbunden, wobei diese Verbundenheit nicht selten formelhaft benutzt wird. Aus dieser idealisierten und idyllisierenden Sicht Dänemarks heraus empfindet sich die dänische Minderheit in Südschleswig als Vorposten des Dänentums. Nur gelegentlich wird dieses Idealbild, in dem sich Reichsdänen kaum wiedererkennen, in Zweifel gezogen. Dies ist vor allem deshalb nicht unproblematisch, weil damit eine ernsthafte Auseinandersetzung der Minderheit mit Dänemark, ein Dialog mit diesem Land erschwert oder unmöglich gemacht wird³⁴.

5. 14 Dänische Südschleswiger und Reichsdänen im Dienst der Minderheit

Es ist kein Geheimnis, daß Minderheiten selten aus eigener finanzieller Kraft ihre umfangreiche Arbeit leisten können, sondern daß der jeweilige Bezugsstaat, vereinzelt unterstützt von Stiftungen und privaten Vereinigungen, ganz erhebliche finanzielle Leistungen übernimmt. Damit ist auch dessen personellem Einfluß Tor und Tür geöffnet, der bei den Angehörigen der Minderheit nicht immer positiv beurteilt wird. Dies wird in Flensburg Avis deutlich in zahlreichen Beiträgen, die das Übergewicht

von Reichsdänen in den führenden Positionen der Minderheit beklagen und kritisieren, während andere diesen reichsdänischen Einfluß rechtfertigen und positiv beurteilen. Während von den einen behauptet wird, daß die Basis der dänischen Minderheit das Dänische sein müsse, und zwar mehr als das Südschleswigsche, und daß deshalb der starke reichsdänische Einschlag unverzichtbar sei, wird von anderer Seite Dänemark schon einmal Imperialismus und Kolonialismus vorgeworfen. Die Kontrahenten in dieser Kontroverse sind dem Leser bald bekannt, die ausgetauschten Argumente wechseln nicht, die Diskussion verläuft im Kreise, vergleichbar derjenigen zur Identitätsproblematik.

5. 15 Kritikempfindlichkeit

Immer wieder wird in Flensburg Avis das dänische bzw. nordische Menschenbild im Gegensatz zum deutschen hervorgehoben - eher apodiktisch formuliert als definiert, insgesamt gesehen formel- und floskelhaft, bisweilen als Beschwörung. Belege für ein toleranteres, freundlicheres, friedlicheres Miteinander in der Minderheit im Gegensatz zur Mehrheit bleibt Flensburg Avis aber vielfach schuldig, im Gegenteil: Der Ton der Auseinandersetzung innerhalb der Minderheit ist oftmals scharf, ja ruppig - da wird nicht zur Sache argumentiert, sondern der Vertreter einer Position persönlich angegangen. Auffällig ist vor allem, wie gereizt Flensburg Avis auf die Kritik dänischer Journalisten an der Minderheit reagiert. In diesen Fällen kennt die Empörung in Leitartikeln und Leserbriefen wenig Grenzen³⁵, ohne daß sich die Zeitung mit den Argumenten ruhig auseinandersetze; für Flensburg Avis ist die Minderheit sakrosankt.

6. Zusammenfassende Würdigung

Im Dezember 1988 hatte der „Nordschleswiger“ eine Zuschrift abgedruckt, in der zu Flensburg Avis folgende Thesen enthalten waren: 1. Flensburg Avis sei deutschfeindlich; 2. Flensburg Avis treibe eine Nadelstichpolitik gegen die Bundesrepublik Deutschland.

Paul Weede setzte in seinem Leitartikel vom 15. Dezember 1988 dagegen:

1. Kritik an Deutschland sei nicht gleichbedeutend mit Deutschfeindlichkeit;
2. Flensburg Avis treibe keine Nadelstichpolitik; man gehe in der Beurteilung des Landes, in dem man lebt, von einem nordischen Demokratieverständnis aus.

Der generelle Vorwurf, Flensburg Avis sei deutschfeindlich, ist nicht gerechtfertigt, auch wenn Angehörige der dänischen Minderheit sich gelegentlich gegen eine ihrer Ansicht nach antideutsche Haltung der Zeitung wenden³⁶ und Flensburg Avis bisweilen Artikel veröffentlicht, deren Inhalt nicht mehr nur als kritisch zu bezeichnen ist.

Die Behauptung, Flensburg Avis treibe eine Nadelstichpolitik, halte ich trotz Weedes Verdikt für haltbar, wenn dies auch gewiß nicht für jeden, ja nicht einmal für die meisten Artikel gilt. Mit Nadelstichpolitik sind nicht kritische Artikel über Vorgänge in Deutschland gemeint - Artikel, die ich schätze und die mir oft aus der Seele gesprochen sind -, sondern gehässige, spitze Bemerkungen, die von der Thematik der Beiträge her nicht gerechtfertigt sind.

Deutschland wird zudem gerne hyperkritisch im Tonfall dessen, der im Besitz der Wahrheit ist, die für Flensburg Avis „nordisches“ Demokratieverständnis und Menschenbild heißt, gesehen; und wenn gelobt wird, dann in schwer erträglicher Gönnerhaftigkeit³⁷. Auch ist Flensburg Avis auf dem dänischen Auge blind; über weniger erfreuliche Vorgänge in Dänemark berichtet Flensburg Avis sehr zurückhaltend.

Für beunruhigend halte ich, wie rasch in Flensburg Avis eine Stimmung aufbrechen kann, die alle Bemühungen um Ausgleich im Grenzland ad absurdum führt - so war die Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Ausländerwahlrecht außerordentlich schroff, und zwar vor allem auch auf seiten der Verantwortlichen in der Minderheit. So brechen alljährlich im Zusammenhang mit der Diskussion um den Ildstedt-Löwen die alten Nationalismen auf; so entwickelte sich Anfang Dezember 1988 anlässlich des Erscheinens des Buches „Dänemark in Hitlers Hand“, verfaßt vom Chefredakteur des „Nordschleswigers“, eine zwölfmonatige Kontroverse, die zeigt, wie rasch sich nationale Gegensätze aktivieren lassen: Nicht Matloks Buch stand weitgehend im Mittelpunkt der Kritik, sondern Siegfried Matlok und die deutsche Minderheit. Eine Zeitung, in der die deutsche Minderheit in Dänemark zumeist distanziert-sachlich oder verständnisvoll behandelt wird, die üblicherweise S. Matlok den Respekt nicht versagt, weil er sich für den deutsch-dänischen Ausgleich einsetzt, veröffentlichte im Zusammenhang mit seinem Buch Artikel, die den Eindruck erwecken, als habe sich seit 1945 im deutsch-dänischen Grenzgebiet nichts geändert.

In diesen Zusammenhang gehören auch die durchaus nicht selten erscheinenden Beiträge, die eine Grenzrevision im Sinne der Eidergrenze verlangen³⁸. Die generelle reservatio mentalis der Zeitung, Chronik-Beiträge, Leserbriefe u. a. entsprechen nicht unbedingt der Meinung der

Redaktion, ist problematisch, bedenkt man, daß letztlich Redaktion und Chefredakteur die Beiträge auswählen, die erscheinen. Unbekannt ist mir, ob oder inwieweit Einfluß und Druck von Interessentengruppen - z. B. von den unterschiedlichen Grenzvereinen - bestimmte Artikel durchzusetzen vermögen.

Ich schließe aus sehr problematischen Artikeln nicht, daß Flensburg Avis - oder gar die dänische Minderheit insgesamt - eine nationalistische oder grenzrevisionistische oder deutschefeindliche Haltung einnehme, doch zeigen zahlreiche Beispiele, daß das Verhältnis im Grenzland, gespiegelt in der dänischen Tageszeitung Flensburg Avis, doch nicht so unproblematisch ist, wie dies in Politikerreden gerne behauptet wird, daß nur geringe Anlässe genügen, um traditionelle Ressentiments zu beleben, daß auch Scharfmacher in Flensburg Avis ein Sprachrohr finden.

7. Wirkungsbereich und Leserkreis von Flensburg Avis

Die Auflage von knapp 7500 Exemplaren, von denen ein großer Teil nördlich der Grenze vertrieben wird, läßt den Schluß zu, daß Flensburg Avis bei weitem nicht in jedem Haus von Angehörigen der Minderheit zu finden ist.

Das Mißverhältnis von Abonnenten- und Vertriebszahl einerseits und der Mitgliederzahl von SSF oder gar der Wählerstimmen für den SSW andererseits hat meiner Ansicht nach u. a. folgende Ursachen:

1. Gewiß, Flensburg Avis versteht sich nicht als Zentralorgan von SSF oder SSW, doch wird den offiziellen und offiziellen Verlautbarungen aus den unterschiedlichen Minderheitenorganisationen viel Platz eingeräumt, mehr, als einer Tageszeitung vielleicht guttut.
2. Die auf den ersten Blick rege Diskussion in der Zeitung zu Fragen und Problemen der Minderheit - sei es in oft ganzseitigen enggedruckten Artikeln, sei es in Leserbriefen - stellt sich selbst für mich, der die Zeitung erst seit 1988 regelmäßig liest, als ständig wiederkehrende Variationen zu immer gleichen Themen (die Geschichte des Grenzlandes aus der Sicht der Minderheit, das Problem der Öffnung der Minderheit, das Verhältnis zwischen Reichsdänen im Dienst der Minderheit und den dänischen Südschleswigern, die Sprachenfrage) dar.
3. Wenn auch der Anteil derer in der Minderheit, die Dänisch als Umgang- und Familiensprache haben, recht gering ist, sind dänische Sprachkenntnisse unterschiedlichen Grades erheblich stärker verbreitet, doch führt dies nicht dazu, einen dänischen Alltag in Südschleswig zu leben oder leben zu wollen, wozu auch Flensburg Avis anstelle deutscher

Regionalzeitungen gehörte, weswegen die ständigen Mahnungen und Aufforderungen der Zeitung, sich ausschließlich des Dänischen zu bedienen, weitgehend ins Leere laufen.

4. Flensburg Avis ist die Zeitung einer Region, regionalisiert diese Region aber noch einmal, indem sie nur einen Teil der Bevölkerung dieser Region im Blick hat. Was sich (politisch) in den Kommunen und Landkreisen des Verbreitungsgebietes ereignet oder auch im Kieler Landtag tut, interessiert die umfangreiche Regionalberichterstattung von Flensburg Avis oft nur sub specie der Arbeit des SSW und der Position von SSF zu unterschiedlichen Themen. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der dänischen Minderheit scheint sich aber für das zu interessieren, was auch die Mehrheitsbevölkerung im Auge hat - und diesem Interesse scheinen die deutschen Regionalzeitungen eher als Flensburg Avis entgegenzukommen.

Ich halte es deshalb für vertretbar, Flensburg Avis als die Zeitung des besonders aktiven bzw. interessierten Teils der dänischen Minderheit und auch derjenigen, die mit der Minderheit beruflich verbunden sind, zu bezeichnen. Interessiert man sich für die dänische Minderheit, für deren Ansichten zu diversen Themen, für deren Geschichtsbild, für das kulturelle Leben in der Minderheit, wird man an Flensburg Avis nicht vorbeikommen. Darüber hinaus aber scheint mir Einfluß und Wirkung von Flensburg Avis begrenzt zu sein.

Anmerkungen:

24. Vgl. Th. Hansens Leitartikel „Bankernes Bank“ (10.9.1993), wo es heißt: „Skulle nogen endnu i går morges have vteret i tvivl om, hvor Europas økonomiske magtcenter ligger, så må tvivlen vasre blasst vask nu: Ingen over - ingen ved siden af Bundesbank i Frankfurt...“ (Sollte gestern morgen noch jemand im Zweifel darüber gewesen sein, wo Europas wirtschaftliches Machtzentrum liegt, so ist dieser Zweifel nun gründlich beseitigt: Keiner über, keiner neben der Bundesbank in Frankfurt).
25. Vgl. „Det tyske folk i fare“ (Das deutsche Volk in Gefahr), F1A, 10.9.1990.
26. In dem Artikel „Kræver folkeafstemning“ am 5.5.1990 heißt es: „et halvt århundrede efter det tyske overfald på Danmark må der stadig kæmpes for landets frihed“ (ein halbes Jahrhundert nach dem deutschen Überfall auf Dänemark muß noch immer für die Freiheit des Landes gekämpft werden).
27. Zwei gegensätzliche Stimmen seien zitiert: Am 26.3.1992 muß sich im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Maastrichter Verträge in Dänemark der Chefredakteur des „Nordschleswigers“ in einem Leserbrief gegen die Unterstellung wehren, ein Angehöriger der deutschen Minderheit in

Nordschleswig vertrete neben den Interessen der deutschen Minderheit diejenigen Deutschlands zu Lasten Dänemarks.

Anlässlich des Todes von Harro Marquardsen veröffentlichte Flensburg Avis einen Nachruf, in dem betont wird, daß er in der 11. Generation Eigner des Hofes der Familie gewesen sei, und in dem es heißt, Marquardsen habe mit vollem Herzen die versöhnliche Linie, die heute nördlich und südlich der Grenze den Nationalitätenkampf [s]iel prägt, vertreten.

28. Vgl. F1A 28.9.1989: I., „CDU-kovendingtilmindretalsparagraffen“; 2., „Etgennebrud“; 5.10.1989 „CDU-Kehrtwendung bei Minderheitenförderung?“; 28.11.1989: „Definitivt CDU - ja til mindretalsparagraf“.
29. Vgl. F1A 24.5.1990: „Endnu et skridt mod ligeberettigelse“; 28.5.1990: „Nationale mindretal og folkegrupper“; 30.5.1990: „Mindretallet sikres offentlige tilskud“; 31.5.1990: „Leitartikel „Mere demokrati““; 11.6.1990: Ausgabe zum dänischen Jahrestreffen mit mehreren Artikeln, die die neuen Minderheitenartikel der Landessatzung positiv bewerten; 12.6.1990: 'Kronik' von J0m Buch: „Et resultat af de gode forhold i grænselandet“, worin es heißt, die neue Landessatzung sei juristisch in Ordnung, aber „den nye Landessatzung vil ikke i sig sei v forbedre forholdene i grænselandet“ (die neue Landessatzung wird nicht aus sich heraus die Verhältnisse im Grenzland verbessern), sondern sie resultiere daraus. Die Existenz der Minderheit sei nicht abhängig von Verträgen und Garantien, „når blot der hersker demokratie“ (wenn nur Demokratie besteht); 14.8.1990: „Ikke grund til bekymring“ - betr. u. a. § 5 der neuen Landessatzung, der wichtiger als die Bonn-Kopenhagener Erklärung von 1955 sei; 13.9.1990 Leitartikel „Der er muligheder“ - zu § 5 der neuen Landessatzung; 22.9.1990: „SSV glad for demokratisk udvikling“; 24.9.1990: „K. O. Meyer bemængelt Demokratiedefizit bei der deutschen Vereinigung - Paragraph 5 der Landessatzung muß jetzt erfüllt werden“; 5.10.1990: Artikel von O. Harck, der bemängelt, daß in Art. 5,1 der Landessatzung nur von Pflichten, nicht von Rechten gesprochen werde; 29.12.1990: „Positivt arbejdsår“.
30. Scharf ablehnend vor allem Peter Gerckens; vgl. „§ 5 en narresut“, (F1A 3.6.1991).
31. Vgl. z. B. F1A vom 3.7.1993 mit fünf Artikeln: dem Leitartikel von B. L0nborg, Stellungnahmen von W. Klüver, U. Erdsiek-Rave, W. Börnsen, dem Aufmacher: „Kompromis om mindretal“. Vgl. auch F1A vom 5.8.1993: Stellungnahme des SSW; F1A 11.9.1993: Th.Flansen: „Mindretal håber på nordtysk hjælp“ (Minderheitenhoffen auf norddeutsche Hilfe); F1A 23.9.1993: „Uden sikring af mindretallenes rettigheder er fred en illusion“ (Ohne Sicherung der Rechte der Minderheiten ist der Friede eine Illusion), betr. SSW-Landestreffen. Vgl. auch Olc Harck, „Dansk mindretal blev gemt...“ (Die dänische Minderheit ist vergessen worden) in F1A vom 14.7.1993. Vgl. weiterhin Börnsen, Wolfgang: Der Schutz von Minderheiten - selbstverständlich und doch aktueller denn je - in: Grenzfriedenshefte 4/1993.
32. Vgl. den Aufmacher von Flensburg Avis am 15. Dezember 1993 sowie den Leitartikel vom selben Tag.

33. Schon die Intervention der CDU-Landtagsfraktion beim BVerfG wurde in Flensburg Avis kritisiert (vgl. FIA 27.6.1989: Leserbrief Holdt „Det er nedværdigende ikke at kunne gå til valg“; 15.3.1990: „Kommunalvalget den 25. marts: Valgret til DDR- tilflyttere, men ikke til danske statsborgere“ [Wahlrecht für DDR-Zuwanderer, nicht aber für dänische Staatsbürger]). Es wurde über die Bemühungen K. O. Meyers in Karlsruhe zugunsten der schleswig-holsteinischen Regelung berichtet (vgl. FIA 25.6.1990: Leitartikel „Valgklage for domstolen“; 26.6.1990: „Valgret for udlændinge: Karl Otto Meyer i Karlsruhe“; 28.6.1990: „Vom kommunalen Wahlrecht für Ausländer geht keine Gefahr aus - vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe setzte sich der SSW-Landtagsabgeordnete Karl Otto Meyer am Dienstag mit folgender mündlich vorgetragener Stellungnahme für das kommunale Wahlrecht für Ausländer ein“). Daher lösten die einstweilige Anordnung wie auch die wenige Wochen später erfolgte Ablehnung des schleswig-holsteinischen Wahlgesetzes als verfassungswidrig wütende Reaktionen in Flensburg Avis aus, die weniger aufmerksamen Lesern suggerierten, daß Karlsruhe den Angehörigen der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig als deutschen Staatsbürgern das Wahlrecht entzogen hätte, was zu einer scharfen Erklärung des Folketing-Abgeordneten Jan Kopke Christensen (Fremskridtspartiet) unter der Überschrift „Stands tysk overgreb“ (Stoppt deutschen Übergriff) führte, (FIA 6.11.1990, S.2). Der Verfasser sieht das Urteil des BVerfG als Versuch, „at knægte det danske mindretals politiske indflydelse“ (den politischen Einfluß der dänischen Minderheit zu unterdrücken), spricht von „et groft overgreb mod det danske mindretal i Sydslesvig“ (einen schweren Übergriff auf die dänische Minderheit in Südschleswig) und von „fratagelsen af stemmeret for danske bøigere“ (einen Entzug des Stimmrechts dänischer Bürger). Jan Kopke Christensens Formulierungen lassen daran zweifeln, daß der Verfasser verstanden hat, worum es in dem Karlsruher Rechtsstreit ging, denn die dänische Minderheit, abgesehen von den Funktionären mit dänischer Staatsangehörigkeit, wird durch das Urteil nicht berührt, weil deren Mitglieder deutsche Staatsbürger sind und somit das volle Wahlrecht besitzen. Ebenso problematisch ist die Behauptung, dänischen Staatsbürgern sei das Wahlrecht entzogen worden, da dänische Staatsbürger im Bundesland Schleswig-Holstein kein Wahlrecht hatten und das Gesetzesvorhaben, das dies ändern wollte, an der Entscheidung des BVerfG gescheitert war. Es fällt auf, daß die Ausführungen des äußerst rechts orientierten Folketingabgeordneten von P. Weede und K. O. Meyer, die sich besonders für das Ausländerwahlrecht eingesetzt hatten und die man als links, sozialistisch oder linksliberal orientiert bezeichnen kann, nicht richtiggestellt wurden und Flensburg Avis nur einen Leserbrief veröffentlichte, der allerdings an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ: Jan Kppke Christensen habe keine Ahnung, es könne von einem deutschen Übergriff auf die dänische Minderheit keine Rede sein; die Überschrift dieses Leserbriefes von Niels A. Sprensen lautet: „Stands (MF) er - uvidenhed“ (8.11.1990).

Die erste Reaktion auf die einstweilige Anordnung des BVerfG von K. O. Meyer und P. Weede war Enttäuschung; diese äußerte sich in F1A in drei Artikeln am 13. Oktober 1989 (vgl. 1. „K. O. Meyer dybt skuffet“; 2. „Ich kann das nicht nachvollziehen“; 3. Leitartikel „Skuffende“); und Enttäuschung kennzeichnet erst recht die Diskussion nach der endgültigen Karlsruher Entscheidung im November 1990 (vgl. F1A 14.11.1990: 1. „Debatte über Ausländerwahlrecht-SPD wirft CDU 'Rassismus' vor“; 2. „Landdagen kogte over i debat om valgret til udlændinge“; 16.11.1990: „Karl Otto Meyer i Eckernförde: 'Karlsruher Richter sind weltfremd'“; 29.11.1990: „Mit fortschrittlichen Kollegen weiterkommen“). - Meyer akzeptiert vor allem nicht den Volksbegriff der Karlsruher Richter (vgl. F1A 14.11.1990: „Landdagen kogte over i debat om valgret til udlændinge“; 16.11.1990: „Karl Otto Meyer i Eckernförde: 'Karlsruher Richter sind weltfremd'“; 13.11.1990: „Karl Otto Meyer imod et EF-Folk“). Es sei weltfremd („verdensfjern“), wenn man „et folk ud fra statsborgerskabet“ (ein Volk von der Staatsbürgerschaft her) definiere; er, Meyer, sei kein Deutscher, eine Feststellung, die im deutschsprachigen Beitrag über eine Landtagsdebatte zum Problem des Ausländerwahlrechts (vgl. F1A 14.11.1990: R. Mach „Landdagen kogte over i debat om valgret til udlændinge“; der deutschsprachige Artikel „Debatte über Ausländerwahlrecht - SPD wirft CDU 'Rassismus' vor“ ist von Hannelore Asmus geschrieben worden) fehlt. In einem breiten Artikel unter der Überschrift „Mit fortschrittlichen Kollegen weiterkommen“¹¹ am 29.11.1990 wiederholt Meyer seine Kritik. Er geht dabei von der Angst in Dänemark vor Deutschland und vor den Republikanern aus, wobei er Dänemark als Vorbild für den Abbau sozialer Spannungen darstellt. Die Entscheidung der Karlsruher Richter, Staatsbürgerschaft und Volk gleichzusetzen, bedeute, daß man „verneine... die Staaten, die viele Völker in sich bergen wie die UdSSR oder Jugoslawien. Aber das gehe auch die Dänen und Friesen oder Sorben in Deutschland an.“ Es fällt schwer, Meyers Argumentation zu folgen. Gewiß, man kann kritisieren, daß die Karlsruher Richter allem Anschein nach das deutsche Volk und die deutsche Staatsbürgerschaft gleichsetzen, daß sie das „deutsche Volk“ als „Staatsvolk“¹¹ verstehen, zu dem alle gerechnet werden, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, gleichgültig, welche Muttersprache oder welches nationale Zugehörigkeitsgefühl man hat - insofern wäre der Spruch des BVerfG mutatis mutandis auch auf die ehemalige Sowjetunion oder das alte Jugoslawien anwendbar, da alle Völker dieser Länder als gemeinsames Staatsvolk (Sowjetvolk, Jugoslawen - im Gegensatz zur Nationalität: Sowjetbürger kirgisischer oder lettischer, Jugoslawen kroatischer Nationalität) aufgefaßt werden - eine derart pauschale Urteilschelte wie diejenige Weedes und Meyers aber läßt sich damit nicht rechtfertigen, bestreitet doch kein Karlsruher Richter der dänischen Minderheit ihr Anderssein und ihre Rechte.

34. Paradigmatisch ist P. Weedes Leitartikel „Drøm og virkelighed“ (Traum und Wirklichkeit) vom 3. 10. 1989, worin es heißt: Man sehe zwar, was in Dänemark

nicht in Ordnung ist, dennoch halte der Südschleswiger an seinem Dänemarkbild fest, „das vielleicht etwas rosarot gefärbt, für ihn aber trotzdem Wirklichkeit ist, und zwar deshalb weil er dänisch gesinnt ist... Dänemark wird für ihn immer in einem rosaroten Glanz als eine Gesellschaft erscheinen... in der zu leben, er jederzeit vorzieht. Und an diesem Bild kann nicht gerüttelt werden“.

35. In seinem 163 Seiten umfassenden Buch „Danmark i vore hjerter“ (København 1988) - eine Liebeserklärung an Dänemark, die mit Ironie, Humor und Spott gewürzt ist - befaßt sich der aus Norwegen stammende und seit 1959 in Dänemark arbeitende und lebende Journalist Christian Bernhardsen in einem Kapitel auch mit der dänischen Minderheit in Südschleswig. Dieses Kapitel - „Når pieme bly vr i land“ - umfaßt neun Seiten und enthält neben Informationen und interessanten Beobachtungen ein paar Bemerkungen, die den Zorn von Flensborg Avis und einiger Leser der Zeitung erregt haben, ohne daß die Zeitung über das *ganze* Kapitel, geschweige denn das *gesamte* Buch informiert. So heißt es auf S. 83: „Således holdes danskheden kunstigt ved live ved hjælp af en massiv danske støtpe“ (so wird das Dänentum mit Hilfe massiver dänischer Unterstützung künstlich am Leben erhalten); „... er jeg overbevist om, at de danske arbejdet syd for grænsen gør mere skade end gavn. Navnlige er jeg betænkelig ved bomcliaverne...“ (ich bin überzeugt, daß die dänische Arbeit südlich der Grenze mehr schadet als nutzt. Vor allem habe ich im Hinblick auf die Kindergärten Bedenken);

S. 85: „Et er at støtte en betrasngt minoritet. Noget heit andet er at missionere for at øge flokken af utilfredse“ (eines ist es, eine bedrängte Minderheit zu unterstützen, ein ganz anderes, zu missionieren und die Schar der Unzufriedenen zu vergrößern); „og så har man endda den frækhed at kalde det national miljøpøje. Jeg vil kalde det dansk kulturimperialisme“ (und dann besitzt man noch die Unverschämtheit, dies als nationale Milieupflege zu bezeichnen. Ich nenne dies dänischen Kulturimperialismus). Die genannten Passagen enthält auch ein Artikel in Flensborg Avis unter der Überschrift „Danmark i vore hjerter“ am 24.9.1988; der Leitartikel desselben Tages bezeichnet schon in der Überschrift Bernhardsens Buch als Beleidigung („En fomaermelse“), und ein Beitrag von Fidde Schulz am 5.10.1988 setzt sich mit Bernhardsens Argumenten folgendermaßen auseinander: „Fy, puhbte og nej hvor sekelt“ (pfui, igitigitt, nein, wie ekelhaft).

Einen Sturm der Entrüstung riefen von Ende Februar bis Mitte März sowie im Juni 1991 zwei Artikel in Weekend Avisen Berlingske am 22.2.1991 sowie ein „Nachklapp“- Artikel am 7.6.1991 über die dänische Minderheit in Südschleswig hervor. Was in diesen Artikeln steht, kann ich nur aus den kritischen Bemerkungen in Flensborg Avis schließen, da ich die Originaltexte nicht habe erhalten können. Ausgangspunkt der kritischen Bemerkungen in Weekend Avisen Berlingske scheinen die hohen dänischen Zuschüsse für die Minderheit zu sein; mit diesen Zuschüssen werde ein künstliches Mini-Dänemark, eine Art Ghetto, eine Pseudowelt am Leben gehalten. In dieser Pseudowelt

besuchten zu viele deutsche Kinder auf Kosten Dänemarks die dänischen Schulen; überdies sprächen die Schüler der dänischen Schulen in Südschleswig untereinander zumeist deutsch. Die Jugend der Minderheit akzeptiere nicht länger die Ideologie der Minderheitenvereinigungen vom prinzipiellen Gegensatz zwischen Deutschen und Dänen, sehe sich vor allem als Südschleswiger. Südschleswig sei der letzte Rest der dänischen Kolonialzeit; die Minderheitenarbeit sei initiativlos, in ihr fänden Reichsdänen aber ein gutes Auskommen. Die Politik der Repräsentanten der Minderheit ziele nach wie vor auf eine Grenzrevision.

Der Tenor der meisten in Flensburg Avis veröffentlichten Kommentare zu den Artikeln in Weekend Avisen Berlingske ist schroff ablehnend; wenn sich auch einige um eine sachliche Auseinandersetzung bemühen, so kennzeichnen die Auseinandersetzung doch Begriffe wie Machwerk („makvEerk“) und bestellte Arbeit („bestillingsarbejde“), Halbwahrheiten („halve sandheder“) und Unwahrheiten („usandheder“), falsche Prämissen („forkerte præmisser“), obwohl die Artikel in Weekend Avisen Berlingske nichts nennen, was nicht auch Dutzende Artikel in Flensburg Avis der vergangenen drei Jahre andeuten oder direkt nennen; und dies gilt auch für die Auseinandersetzung um den Leitartikel über Südschleswig in der Zeitung 'Information' am 3.6.1991 (diesen Leitartikel druckte Flensburg Avis am 4.6.1991 ab) und ein neues Lehrbuch für das Fach Deutsch an dänischen Schulen aus dem Gyldendal-Verlag.

Vgl. die folgenden Flensburg Avis-Artikel betr. die kritischen Beiträge in Weekend Avisen Berlingske und einen kritischen Kommentar in der Zeitung Information zu Südschleswig: 1. Per Dohm, „Voldsom kritik af tilskud til Sydslesvig“ (23.2.1991); 2. Leitartikel „Hvor ligger Mini-Danmark?“ (23.2.1991); 3. „Peder Sønderby: Dansk støt må ikke blive en sovepude“ (25.2.1991); 4. Hans Parmann, „Flensburg Avis og Michael Kristiansens Artikel“ (25.2.1991); 5. „God gennemgang med små skønhedsfej 1 - SSFs formand (Heinrich Schultz) inviterer Weekendavisens Michael Kristiansen til et nyt Sydslesvig besøg“ (26.2.1991); 6. Steen Roar Hillebrecht, „Hvorhen med Sydslesvig“ (26.2.1991); 7. Hans Andresen, „Sydslesvig-set med kritiske pjene“ (26.2.1991); 8. Viggo Witt-Hansen (Vorsitzender von Grasnesefforening), „Om at holde Ipfte...“ (27.2.1991); 9. G. J. Poulsen, „Mini-Danmark“ (27.2.1991); 10. Rolf Küssner, „Hil dig frelse...“ (1.3.1991); 11. Dieter Lenz, „Tilbage bliver nogle spørgsmål“ (1.3.1991); 12. Steen Roar Hillebrecht, „Kære Rolf Küssner!“ (5.3.1991); 13. H. Vestergaard, „Hil Küssner!“ (5.3.1991); 14. J. M. Ipsen, „Forandringer må ikke sløre sigtet af det, som er vort mal“ (6.3.1991); 15. K. Christiansen, „Michael Kristiansen har ikke forstået“ (6.3.1991); 16. Ingo-Rudolf Pauli, „Salighed efterlyses“ (12.3.1991); 17. H. v. Guionneau, „Er vi sydslesvigere så intolerante?“ (16.3.1991); 18. Leitartikel „1Jseriös debat“ (5.6.1991); 19. Leitartikel „Hetz og debat“ (12.6.1991); 20.1.-R. Pauli: „Halvdanser fra Sydslesvig“ (14.6.1991); 21.0. Lippert, „Kunstigt felttog i Weekendavisen“ (18.6.1991); 22. E. Jensen, „Korstog mod

- mindretallet" (18.6.1991); 23. K. Linde, „Der er jeg fodt, her har jeg hjemme“ (28.6.1991); 24. E. J. Harksen, „De fleste kommer kun efter Ol“ (1.7.1991). Zu dem Buch von Claudia Dose vgl.: 30.9.1992: 1. „Rektor: Ny Lerebog håbløps“; 2. Leitartikel: „Ubrugelig“ (Unbrauchbar); 7.10.1992: J. Pöhlmann, „Ringe interesse for mindretallet“ mit der Replik des Schulleiters von Duborg-Skolen: „I dansk interesse at yde støtte“. Vgl. auch die Reaktion auf die 'Kronik' „Danmark på tvers“ von Anne Sophie Høegh-Omdal (5.10.1992) von G. Rasmussen: „En sær splittet fjendtlighed“ (8.10.1992).
36. Gegen antideutsche Stimmungsmache in Dänemark und in Flensburg Avis im Zusammenhang mit Vorfällen im Wahlkampf 1992 (vgl. z. B. P. Norup, „Hvad bildertyskerne sig ind“ - Was bilden sich die Deutschen ein-(FIA 4.4.1992) wendet sich am 3.4.1992 Henrik Vestergaards Zuschrift „Sådan skabes fjendebilleder“ (So werden Feindbilder geschaffen), die von der Redaktion nur auszugsweise mitgeteilt wurde - im Gegensatz zu Norups Beitrag einen Tag später; vgl. weiterhin Lene Bastiansen, „Usande, fomaårmende udtalelser“ (Unwahre, beleidigende Äußerungen. 1.2.1992); dieselbe, „Debat om mere åbenhed er nødvendig“ (Notwendig ist eine Diskussion um mehr Offenheit, 22.4.1992), worin Lene Bastiansen Flensburg Avis auffordert: „... og lad os da endelig blive fri for den evige nedgøren af alt hvad der er tysk. Vi gider simpelthen ikke at lasse det“ (und verschont uns endlich mit dem Niedermachen all' dessen, was deutsch ist. Wir mögen das einfach nicht mehr lesen); vgl. auch Finn Duggen nach dem Artikel „Dansk krav på modydelse“ (Dänische Forderung nach Gegenleistung), Kap. „Livet i kuvpsen“ (Leben im Brutkasten) vom 13.5.1992.
37. z. B. 17.9.1993: „Tysk seminar om den danske nabo“ (Deutsches Seminar über den dänischen Nachbarn); der Tenor des Textes: Die Deutschen wissen und kennen nichts, müssen aufgeklärt werden und finden dann alles Dänische begeisternd-inklusive Christiania. Vgl. auch die Wochenrevue vom 25.9.1993, derzufolge ein holsteinischer Geschichtslehrer erst nach einem Besuch bei Grænseforeningen in Kopenhagen alles verstanden habe.
38. Vgl. den Artikel „Jylland erblevet en O“ (Jütland wurde zu einer Insel) vom 17.8.1993 sowie den Beitrag „Ny formand for SSF i Flensburg“ (Neuer SSF-Vorsitzender in Flensburg) vom 10.9.1993, worin berichtet wird, daß ein Kandidat- nämlich Hossenfel- der- ausführte: „Jeg kæmper for Istedløven og Danmarks genforening..(ich kämpfe für den Istedtlöwen und Dänemarks Wiedervereinigung...); gewählt aber wurde er nicht.

Die Deutsche Sankt-Petri-Gemeinde und die Deutsche Sankt-Petri-Schule in Kopenhagen

419 Jahre Erfahrungen mit deutsch-dänischer

Begegnung von *JOHANNES JENSEN*'

1. Einleitung

Die Sankt-Petri-Gemeinde und die Sankt-Petri-Schule sind beide im Februar (20.) und März (31.) 1575 durch König Friedrich II. gegründet worden. Sie sind heute die ältesten und seit 1575 ununterbrochen existierenden deutschen Institutionen in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen. Seit jetzt 419 Jahren hat hier die Begegnung zwischen beiden Kulturen und Sprachen stattgefunden. Für die Vorfahren unzähliger heute rein dänischer Familien sind sie einmal Eingangsschleuse in die dänische Gesellschaft, Sprache und Kultur gewesen, und sie haben ihr häufig sehr wertvolles Wissen und Können in die dänische Gesellschaft und Kultur mit eingebracht.

Andererseits sind viele Deutsche nach einer Zeit in Dänemark und im Kreis von Sankt-Petri-Gemeinde und Sankt-Petri-Schule nach Deutschland zurückgekehrt. Sie haben dann als Vermittler das Verständnis zwischen Deutschen und Dänen fördern und die Kenntnisse über das Nachbarland in Deutschland verbessern können.

Von dem unwahrscheinlich großen Erfolg dieser Gemeindegründung vor 419 Jahren und von den fruchtbaren Impulsen, die auch über Sankt-Petri auf die Entwicklung in Dänemark ausgingen, soll hier zuerst die Rede sein.

Aber man muß auch die Problematik einer so starken deutschen Präsenz in der dänischen Hauptstadt, wie sie hier entstand, sehen. Und gerade in den für das deutsch-dänische Verhältnis schwierigen Zeiten und Zusammenhängen mußten die Repräsentanten von Gemeinde und Schule in ihrem Verhalten ein hohes Maß an Sensibilität gegenüber den Stimmungen und Entwicklungen in der dänischen Gesellschaft aufbringen. Es gibt schöne Beispiele dafür, daß man sich dessen bewußt war und daß es gelang. Es gibt jedoch auch Beispiele dafür, daß diese Sensibilität gefehlt hat.

2. Die Sankt-Petri-Gemeinde 1575- 1800

Die Gründung der Sankt-Petri-Gemeinde 1575 und ihr Erfolg sind ein Ergebnis, soviel zusammenfassend vorweg, der starken handels- und wirtschaftspolitischen Beziehungen zum deutschen Wirtschaftsraum an der Ostsee, die schon seit der Zeit der Hanse bestanden, und der Reformation Martin Luthers mit den daraus folgenden deutschen Einflüssen auf die kirchliche Entwicklung in Dänemark.

Ihr Erfolg ist auch ein Ergebnis der schlimmen Glaubenskriege in Deutschland im Gefolge der Reformation, der dynastischen Beziehungen des dänischen Königshauses zu den protestantischen norddeutschen Fürstenhäusern, der Tatsache, daß die dänischen Monarchen sich deutsche „Experten“ ins Land holten, um einen zunächst vorhandenen Entwicklungsrückstand gegenüber Mitteleuropa aufholen zu können, sowie der Tatsache, daß das deutsche Herzogtum Holstein zusammen mit dem zu einem großen Teil deutsch geprägten Herzogtum Schleswig von Kopenhagen aus regiert wurde.

Nach der Reformation in Dänemark durch König Christian III. im Jahre 1536 bewunderte man in der Umgebung Martin Luthers in Wittenberg die friedlichen und günstigen Bedingungen für den Protestantismus in Dänemark.

Dänemark war ja damals mit Norwegen, Schleswig und Holstein und den drei heute schwedischen Provinzen noch eine europäische Großmacht und mit vier gleichberechtigten Sprachen eine multilinguale, mehrsprachige Gesellschaft! Der deutsche Reformator Johannes Bugenhagen kam von 1537 bis 1539 mit Frau und Kindern nach Kopenhagen, um den König in der „Fruekirke“ zu trauen, zu krönen und zu salben sowie die Reformation in Dänemark zu organisieren. Trotz einer Aufforderung dazu und dem Angebot, Bischof von Seeland oder Schleswig zu werden, wollte er aber nicht in Dänemark bleiben.

Schon 1570 - 72 kamen königliche Verordnungen heraus, die den zunehmenden Strom von einwandemden Fremden insbesondere auch in religiöser Hinsicht ein wenig unter Kontrolle bringen sollten: Sie mußten auf 25 evangelisch-lutherische Glaubensartikel schwören, wenn sie bleiben wollten.

Am 20. Februar 1575 schrieb dann König Friedrich II. seinen „Offenen Brief“, in dem er „den lieben, ehrsamen und hochgelehrten Magister Lauritz Pedersen zum Deutschen Prediger“ annahm. Die Kirche der Deutschen war zu der Zeit noch die Sankt-Clara-Kirche, erst 1585 bekam die deutsche Gemeinde die Sankt-Petri-Kirche zugewiesen, die seit der Reformation als Kanonen- und Glockengießerei benutzt worden war.

Der deutsche Prediger wurde direkt vom König angestellt und sehr gut bezahlt. Er soll „uns, unseren Reichen und Landen die Treue halten ..., unsern und derselbigen Nutz und Bestes, soviel bei ihm steht, befördern, Schaden aber und Unheil verhüten...“ Für diese Dienstleistung „wollen wir ihm zu seinem Unterhalt alle Jahr geben: 200 Thaler aus unserer Rentkammer zu Kopenhagen, ihn mit freier Wohnung in unserer Stadt Kopenhagen versehen und zudem an Viktualien von unserem Schloß liefern: ...sechs Pfund Malz, eine halbe Tonne Butter, einen Ochsen, zwölf Seiten Speck, zehn Lämmer, zwanzig Gänse, 80 Lasten Holz, und die Aussicht auf ein Kanonikat in Roskilde“.

Das waren keine schlechten Bedingungen, und sie zeigen den hohen Rang der Aufgabe dieses deutschen Predigers in der Hierarchie der dänischen Monarchie. In den unruhigen Zeiten der Religionskriege in Deutschland, die jetzt kamen, wirkte das evangelisch-lutherische Dänemark - jedenfalls im Kopenhagener Raum — wie eine „Insel des Friedens“, auf der man ungestört von der Gegenreformation evangelisch-lutherisch sein konnte.

Der sehr unternehmungslustige und ideenreiche König Christian IV. wollte sein Land mit Hilfe deutscher und niederländischer Experten entwickeln. Er betrieb eine ausgesprochen merkantilistische Wirtschaftspolitik und förderte die Einwanderung tüchtiger Handwerker und Kaufleute, die natürlich evangelisch-lutherisch sein mußten.

Sie erhielten 1622 weitgehende Privilegien: ein Jahr Steuerfreiheit, Freiheit vom Wachdienst auf den Stadtwällen; dem, der die inländische Produktion verbesserte, also Manufakturen und Kaufmannswaren aus Wolle, Baumwolle, Seide oder Kamelhaar verarbeitete, neue Waffen oder Schwerter, Harnische, Pistolen und Büchsenläufe anfertigte oder als Sporenmacher sich im Reich ansiedelte und sein Handwerk betrieb, wurde Steuerfreiheit auf sechs Jahre gewährt. 1623 wurde noch einmal nachgebessert: Wer in den nächsten drei Jahren noch käme - der König wisse, daß noch viele von seinen Glaubensgenossen nach Dänemark kommen wollten, wenn sie noch weitere Privilegien bekämen -, der dürfe bei Verlassen des dänischen Reiches seine Barschaft mitnehmen, der sei von „borgerligt om- bud“, d.h. den bürgerlichen Ehrenämtern wie Vormünder, Schöffe, Taxator, befreit, der dürfe auch ins Ausland vererben, der habe Zollfreiheit im Sund und genieße trotzdem den Schutz der dänischen Gesetze.

Gleichzeitig raste in Deutschland der Dreißigjährige Krieg, und immer neue Wellen von lutherischen Kriegs- und Glaubensflüchtlingen kamen in das friedliche Kopenhagen, nach und nach aus vielen Teilen Deutschlands. Viele der Tüchtigsten blieben, da Christian IV. sie mit diesen sehr

handfesten Privilegien hielt und sie gute Chancen hatten.

Mehrere Wellen kamen aus Rostock, 120 Rostocker Studenten waren zeitweilig an der Universität Kopenhagen eingeschrieben, aber es waren in Wirklichkeit noch viel mehr, denn viele hatten sich nicht einschreiben lassen. Sie schlugen sich durch mit Privatunterricht in den nach und nach immer zahlreicheren deutschsprachigen Bürgerhäusern. Die vielen Theologen unter ihnen predigten auch ab und zu in der Sankt-Petri-Kirche. Ihre Predigten scheinen aber nicht ganz unproblematisch gewesen zu sein. Es waren eben Studenten mit z.T. unruhigen, neuen Gedanken. Schließlich mußten sie ihre Predigten auf Wunsch des Königs vorher dem Bischof oder dem Hauptpastor vorlegen, „um ärgerlichen Novitäten vorzubeugen“, wie es verräterisch hieß.

Das einschiffige Kirchengebäude wurde zu klein. 48 Jahre nach Gründung der Gemeinde und nur 38 Jahre nach Übernahme des Gebäudes, bestimmte Christian IV. im Zusammenhang mit den Privilegien für die erwünschten Einwanderer, „die Deutsche Kirche in Unserer Stadt Kopenhagen für Unsere Seidenweber und andere ausländische Leute... auch sollen ihnen in dem neuen Gebäude, die Kreuzkirche genannt, welche bei selbiger Kirche zu errichten..., Kirchstühle angewiesen werden“.

Das spätgotische Kirchengebäude von 1450, das älteste erhaltene Backsteinmonument Kopenhagens, mußte also erweitert werden. Das geschah durch den Anbau eines Südschiffes und zweier Nordschiffe 1631 und 1634 sowie 1691, so daß die ursprüngliche Größe des Kirchenraumes nur noch ein Viertel der jetzigen Kapazität ausmachte. Die Sankt-Petri-Kirche hat in ihrer guten Zeit zu den Gottesdiensten leicht 1400 - einige Male sogar über 2000 Menschen - fassen können!

Parallel dazu mußte der Begräbnisplatz der Gemeinde erweitert werden. Und so entstanden zwischen 1648 und 1683 im Anschluß an den Kirchenbau die Sankt- Petri-Grabkapellen, ein in seiner Art einmaliges kulturhistorisches Monument, auf das hier nicht näher eingegangen werden kann.

1654 schrieb ein J. Wolf rückblickend über die Zeit des 30-jährigen Krieges: „Dieweilen der teutsche Krieg im Römischen Reiche anhub..., flüchteten sich männigliche Teutsche lutherischer Konfession, Männer mit ihren Frauen, Kindern und anderen nach Kopenhagen, ein Teil, um hier zu wohnen und sich hier anzusiedeln, andere, um zu dienen und sich zu ernähren, welche alle an der Art des Landes ein so großes Gefallen fänden, daß sie lieber hier bleiben und sein mochten, als sich wiederum nach Deutschland zu begeben.“

Welch ein Kompliment für ein Aufnahmeland für Flüchtlinge! War das

ruhige, friedliche und geordnete Kopenhagen für diese Menschen so etwas wie ein „gelobtes Land“, in das sie aus dem unruhigen und durch Kämpfe um Glauben und Macht der Landesherrn zerrissenen und gequälten Deutschland auswandern konnten wie spätere Generationen zum Beispiel nach Amerika?

Im folgenden Jahrhundert gab es neue Gründe für die Verstärkung des deutschen protestantischen Elements in Kopenhagen. Es muß daran erinnert werden, daß die dänischen Könige aus dem Hause Oldenburg deutsch sprachen. Dänische Philologen sagen: Bis heute sind mehr als die Hälfte der dänischen Könige deutschsprachig gewesen, und zwar die meisten sogar niederdeutsch!

Von den 18 Königinnen zwischen 1448 und 1863 kamen alle aus protestantischen deutschen Fürstenhäusern - bis auf die 1. Frau Friedrichs V. und ihre Nichte Caroline Mathilde, die zwar aus England kamen, aber ja auch Hannoveraner waren, und die erste Frau Friedrichs VII., Königin Wilhelmine, die die Tochter Friedrichs VI. war. Alle diese Königinnen brachten ihren mehr oder weniger großen deutschsprechenden Hofstaat mit und zogen auch Verwandte aus Deutschland nach, was wiederum zur Verstärkung des deutschen Elements und der deutschen Sankt-Petri-Gemeinde beitrug.

Noch ein sehr wichtiger Grund kam hinzu: Mit der Einführung des Absolutismus unter Friedrich III. ab 1660 wurde der Reichsrat und damit der alte dänische Adel ausgeschaltet, entmachtet und kaltgestellt. Er galt den nun allein herrschenden Königen als feindlich und gefährlich. Sie bevorzugten daher protestantische Deutsche als Offiziere und Söldner im Heer und deutsche Adlige und bürgerliche Akademiker als Beamte in der Verwaltung und am Hofe. In den königlichen Schlössern wurde vorwiegend Deutsch gesprochen, im Heer war Deutsch bis 1773 offiziell die Kommandosprache, aber in Wirklichkeit auch noch ein Stück darüber hinaus, denn die meisten Offiziere und auch Soldaten waren mindestens bis 1802 Deutsche. Deutsch war Unterrichtssprache auf der Ritterakademie in Sorp, in der Chirurgischen Akademie. Der dänische Hof- und Staatskalender erschien von 1734 bis 1801 nur auf Deutsch.³

Die Sankt-Petri-Kirche war damit Hof- und Beamtenkirche geworden. Und sie bekam einen ganz unverhältnismäßig großen Anteil nicht nur am kirchlichen Leben in der Stadt, sondern auch gesellschaftlich, kulturell, politisch und in der Staatsverwaltung.

Dafür ein paar Beispiele: Von 1651-55 - Kopenhagen hatte 25.000 Einwohner - fanden 10 Prozent aller kirchlichen Handlungen in der Sankt-Petri-Kirche statt und 10 Prozent aller Kinder wurden in der Sankt-Petri-

Kirche getauft. Sieben von vierzehn Äldermännern der Handwerkszünfte waren Deutsche oder Holländer. Deutsche Akademiker wurden bei der Besetzung der Professorenstellen bevorzugt, Dänen und Norweger benachteiligt, worüber sie sich schon früh bitter beklagten. Deutsche Studenten waren als Hauslehrer beliebt, denn Deutsch galt als die „feine“ Sprache, sie konnten sich also weit besser als ihre dänischen und norwegischen Kommilitonen, die das beklagten, ein wenig dazuverdienen. Von 546 Offizieren waren 410 Deutsche. Besonders die altadligen Mecklenburger Familien von der Lühe (46), von Vieregg (40) und von Pentz (16) waren hier zahlreich vertreten.

Von den neun Kompanieführern, die von Friedrich III. für ihre Tapferkeit bei der erfolgreichen Verteidigung Kopenhagens gegen die Schweden im Februar 1659 geehrt wurden, waren allein vier Mitglieder der Sankt-Petri-Gemeinde.

Beim Brand des königlichen Opernhauses 1689 kamen 180 Menschen ums Leben

- hauptsächlich aus den führenden Hof- und Bürgerkreisen, darunter viele Frauen und Kinder, insbesondere Töchter. 50 von ihnen, das sind 28 Prozent, wurden in der Sankt-Petri-Kirche beerdigt. Darunter die beiden Töchter des Kirchenvorstehers Thomas Ocksen von Nordstrand und die junge Frau, zwei Töchter und eine Nichte des Hofapothekers Johann Gottfried Becker, der einmal aus Husum nach Kopenhagen gekommen war.

Neben der Sankt-Petri-Kirche gab es noch die Garnisonkirche und die Kirche im Kastell mit deutscher Predigtsprache bis 1819, und ab 1756 war die Frederikskirke, heute Christianskirche, auf Amager eine weitere deutsche Gemeinde in Kopenhagen!

Seit 1616, und das gilt bis heute, ernennt der König einen königlichen Patron für die Sankt-Petri-Gemeinde: „... einen unserer fürnehmsten Ministern, welchen die Gemeinde dazu Vorschlägen und begehren wirdt“, heißt es in einem Dokument darüber.

Es sind tatsächlich die Namen der einflußreichsten und vornehmsten Männer, die hier auftauchen, meistens die Staatsminister oder Finanzminister: u. a. die Reichshofmeister Corfitz Ulfeldt und Joachim Gersdorff, der Reichskanzler Peder Schumacher/Graf Griffenfeld, die beiden Staatsminister mit dem Namen Bemstorff und 31 Jahre lang der Staats- und Finanzminister Ernst Heinrich Schimmelmann

- die längste Amtsperiode eines Patrons. In neuester Zeit ist der Stiflsamtmann -

Regierungspräsident - von Kopenhagen, Roskilde oder zur Zeit Fünen/Odense der königliche Patron für Sankt-Petri.

Der Patron ist - konsequent nach der lutherischen Kirchenverfassung - das Verbindungsglied zum obersten Kirchenherrn, dem König/der Königin. Durch ihn stehen die Sankt-Petri-Gemeinde und übrigens auch die Schule noch heute unter dem besonderen Schutz des Königshauses.

Seit 1678 - die Sankt-Petri-Gemeinde war inzwischen reich genug - bezahlte sie selbst ihre Prediger, einen Hauptpastor - wie er heute noch heißt - und einen oder zwei weitere „Neben“pastoren. Und die Stelle war gut dotiert, so daß sie attraktiv war für wirklich bedeutende Prediger aus ganz Deutschland. Louis Bobe, der Geschichtsschreiber der Gemeinde von 1925, vergleicht das Predigergehalt der Sankt-Petri-Gemeinde noch für die Mitte des 19. Jahrhunderts mit einem dänischen Ministergehalt.

Dr. Johannes Lassenius wäre hier zu nennen, der Ende des 17. Jahrhunderts jahraus, jahrein und Sonntag für Sonntag durch seine lebensfrische, mächtige Beredsamkeit die Kirche bis zum letzten Platz mit bis zu 2000 Menschen füllte. Und er pflegte seine Predigten schon vorher gedruckt vorzulegen, damit man ihnen um so besser folgen könne.

Dr. Balthasar Münter, bedeutender Hauptpastor am Ende des 18. Jahrhunderts, machte es ebenso. Die zahlreichen Restexemplare seiner gedruckten Predigten liegen heute noch in den Schränken des Pastorats von Sankt Petri.

Münter war der Vertrauensmann und Beichtvater des Bernstorffschen Kreises und als solcher auch einer der Führer der Opposition gegen Struensee im Jahre 1771. Auch in seinem Haus wurden die Putschpläne gemacht. Übrigens ging durch seine Hände auch die Korrespondenz mit den Bernstorffs in Hamburg über die Pläne für den Staatsstreich von 1784, durch den der geisteskranke Christian VII. praktisch abgesetzt wurde und mit dem jungen Kronprinzen Friedrich (VI.) und A. P. Bernstorff die „deutsche“ Partei wieder an die Macht kam.

Seit 1751 wurde Klopstock vom dänischen König finanziell unterstützt und hielt sich in Kopenhagen auf, ein häufiger Gesprächspartner im Hauptpastorat von Sankt Petri. Dasselbe gilt für den Philosophen und Anthropologen Johann Caspar Lavater und den berühmten Pädagogen Johann Bernhard Basedow, der Lehrer an der Ritterakademie Soi0 war. Carsten Niebuhr fand dort seine spätere Frau und war noch lange Zeit nach der Rückkehr von seiner Orientexpedition ein gern gesehener Gesprächspartner Balthasar Münters und seiner begabten Kinder Friederike und Friedrich, den er für die Archäologie des Orients begeisterte.

Münters Tochter Friederike Brun, die Schriftstellerin und Mäzenin für unzählige dänische und deutsche Künstler, hielt in Kopenhagen in Moltkes Palais oder im Sommer auf Sophienholm so etwas wie einen literarisch-musikalisch-philosophischen Salon, nachdem sie auf ihren

ausgedehnten Reisen alles gesehen hatte, was sich in Europa damals zu sehen lohnte, und die meisten der im kulturellen Leben bedeutenden Männer und Frauen kennengelernt hatte. Man verfolgte und förderte das deutsche und dänische Geistesleben auf einem hohen intellektuellen Niveau, fühlte sich aber der deutschen Sprache und Kultur am meisten verpflichtet.

Ernst Heinrich Schimmelmann veranlaßte zusammen mit seinem Freund, dem dänischen Dichter Jens Baggesen, daß Friedrich Schiller ab 1793 von Herzog Friedrich Christian von Augustenburg für drei Jahre eine Unterstützung von 1000 Reichstalem bekam. Und Schiller schrieb seine berühmte und wichtige philosophische Schrift „Über die ästhetische Erziehung des Menschen“ als Dank dafür, wie es im Untertitel heißt, „in Briefen an den Augustenburger“.

Es war die Zeit, als die Sankt-Petri-Gemeinde die feinsten Bürger Kopenhagens zu ihren Mitgliedern zählte, denn auch von den dänischen Bürgerfamilien gingen die, die zur feinen Gesellschaft gerechnet werden wollten, in diese Kirche. „Über 100 unserer besten Familien haben wir an Petri verloren“, klagte man in der Gemeinde der benachbarten „Fruekirke“.

Die Sankt-Petri-Gemeinde war auf dem Höhepunkt ihrer Geschichte! An dieser Stelle verlassen wir zunächst die Geschichte der Gemeinde, um später im Zusammenhang mit der Schule wieder auf sie zurückzukommen.

3.1. Gründungsphase

In der Gründungsurkunde vom 31. März 1575 heißt es, daß der neue Schulmeister Theophilus Neovinus - wahrscheinlich ein „holsatus“, d. h. Holsteiner, „jeden Sonn- und Festtag, so oft Predigt gehalten wird, diese Kirche mit einigen seiner Schüler besuchen und dort den deutschen Kirchengesang besorgen“ soll. Er soll verpflichtet sein, seine Schüler deutsche Choräle und, was sonst in der Kirche gesungen zu werden pflegt, zu lehren. Ebenso soll er die Glocken zur Predigt läuten lassen, so oft Gottesdienst ist. Für solche Mühe werden ihm jährlich 40 alte Taler und freie Wohnung gewährt. Seitdem tauchte der deutsche Schulmeister in den jährlichen Abrechnungen des Rentmeisters, d. h. Finanzministers, unter „verschiedene Hofdiener“ auf, ab 1590 mit 50 Talern und 20 Talern für Wohnung und eine Uniform, wie die königlichen Kantoren sie trugen. Neben den Erziehern der Prinzen und Prinzessinnen war er der einzige Lehrer, der vom König besoldet wurde. Man beachte den Rangunterschied! Der Pastor bekam 200 Taler, neben vielen Naturalien und Privilegien.

Wenig später wird der Schulmeister „degn“, d. h. Küster bei der deutschen Kirche genannt. Damit ist diese deutsche Kirchen-„Küster“schule die Zweitälteste Schule in Kopenhagen. Älter ist nur die „Metropolitanskole“, das ist die städtische Lateinschule aus dem 13. Jahrhundert ganz in der Nähe der Sankt-Petri-Kirche bei der Frauenkirche. Übrigens ist die Sankt-Petri-Schule heute die letzte Kinderschule innerhalb der alten Stadtmauern. Alle anderen sind geschlossen worden oder aus der Innenstadt weggezogen, das gilt auch für die „Metropolitanskole“. Diese Lateinschule in der unmittelbaren Nachbarschaft, die auch den Zugang zur Universität ermöglichte, also das „jus dimittendi“ hatte, scheint von Anfang an in einer Art Rivalität zur Sankt-Petri-Schule gestanden zu haben. Schon früh wird von dem Streit zwischen den beiden Schulen um das Recht, gegen gute Bezahlung bei Beerdigungen zu singen, berichtet, das der Rektor der Metropolitanskule auf die Dauer gegen die Sankt-Petri-Schule behauptete. Der Rektor ließ eben seine Lateinschüler auch die deutschen Begräbnislieder lernen und über dem Grab und in der Kirche singen.

Es scheint, als hätte man um 1650 herum, als die Menge der Deutschen in Kopenhagen sehr zugenommen hatte und die Petri-Gemeinde neben ihrem Pastor inzwischen auch ihren Kantor selbst bezahlen konnte, den Versuch gemacht, aus der Sankt-Petri-Schule eine Lateinschule zu machen. Hauptförderer dieses Projekts war der Obersekretär der Deutschen Kanzlei, eine Art Außenminister, Friedrich Günther.

Dieser erste Versuch, der Schule das Recht zu geben, auf die Universität vorzubereiten, scheiterte aber. Und dieses Scheitern hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß es sich bei den beiden anderen, die sich dafür einsetzten, um den 2. Pastor der Sankt-Petri-Kirche, Magister Simon Hennings, und den damals mächtigen Reichshofmeister und königlichen Patron der Sankt-Petri-Gemeinde und Schule, Corfitz Ulfeldt, Ehemann der Königstochter Leonore Christina und also Schwiegersohn Christians IV., handelte. Sie waren nämlich zu der Zeit in den Prozeß wegen angeblicher Attentatspläne auf Friedrich III. verwickelt und wurden des Landes verwiesen.

Dadurch blieb die Sankt-Petri-Knabenschule noch lange unattraktiv für die führenden Kreise der Deutschen in Kopenhagen.

3.2. Sankt-Petri-Schule als Armenschule

Man muß sich darüber klar sein, daß die Sankt-Petri-Schule in den ersten zwei Jahrhunderten ihres Bestehens vorwiegend als Armenschule anzusehen ist. Um den Kirchengesang auf Deutsch zu besorgen, benötigte

man nur ein paar Knaben mit einer guten Stimme.

Schulen wie die Sankt-Petri-Knabenschule zu betreiben und durch private christliche oder philanthropische Wohltätigkeit zu finanzieren, war in Wirklichkeit ein Teil des Armenwesens der Stadt, das zu den Aufgaben der Kirchengemeinden gehörte, wie es christliche, pietistische oder später aufklärerische Impulse vorgaben. In einer Zeit, in der es weder Schulpflicht noch Unterrichtspflicht gab, ging es darum, die Kinder „von der Straße zu holen“, denn die Straßenkinder waren ein großes Problem in Kopenhagen, und ihnen eine christliche Erziehung zu geben oder, wie man es heute sagen wird, sie zur Einhaltung der sozialen Normen einer vom evangelisch-lutherischen Christentum bestimmten Gesellschaft zu erziehen und für die Erlernung eines Berufes vorzubereiten. Und die Kinder, die eine Schule wie die Petri-Schule besuchten, waren damit vergleichsweise schon privilegiert. Sie wurden nicht nur unterrichtet, sondern auch beköstigt und einmal im Jahr vollkommen eingekleidet. Sie sollten ja als Chorknaben auf die Besucher des Gottesdienstes einen guten Eindruck machen. Zur Bedingung für den Empfang dieser Wohltat machte man aber, daß sie regelmäßig zur Schule gingen.

Für den schlecht bezahlten Schulhalter wurde es aber immer wichtiger, neben seinem Schuldienst an den armen Chorknaben, noch private Bezahlungsschüler zu haben, für die er direkt bezahlt wurde - eine dauernde Quelle des Ärgernisses für die Kirchenvorsteher, wenn der Schulhalter mehr und mehr von diesen Bezahlungsschülern hatte und die anderen vernachlässigt wurden.

Reiche Gemeindeglieder kamen ihrer Christenpflicht nach und vermachten der Schule Legate, und mit der Zeit bestand eine ganze Reihe von Legaten (in der Gemeinde insgesamt heute über 50), aus denen der Schulbesuch von armen Knaben bezahlt wurde. Ihre eigenen Kinder aber ließen sie privat unterrichten, oder sie unterrichteten sie selbst. So können wir es gerade in den Lebensläufen der Kinder von diesen Stiftern immer wieder lesen. Typisch sind da zum Beispiel Thomas Ocksen, Johann Gottfried Becker, Pauline Maria Tutein oder Hauptpastor Münter selbst.

Seit 1707 durften die Gemeinden an bestimmten Sonntagen vor den Kirchentüren Becken aufstellen, in denen sie für die Armenschulen sammelten. Da wurden dann auch in Sankt-Petri einige richtig arm aussehende Schuljungen als die verkörperte Bedürftigkeit neben den Becken aufgestellt, damit auch ordentlich Mitleid erweckt wurde. Ein Kirchgänger aus Sankt-Petri schrieb Ende des 18. Jahrhunderts: „Geht man endlich aus der Kirche, so stehen vor den Kirchentüren messingene Becken, worein die Knaben der Armenschule die mit Gottes Wort gesättigten Zuhörer etwas

einzulegen anflehen.“

Die ersten sechs bekannten Namen von Sankt-Petri-Schülern sind nicht überraschend die Namen von sechs Armen, deren Schulgang 1722 aus dem Legat des Hofapothekers Becker bezahlt wurde. Vier von ihnen waren bezeichnenderweise Söhne von deutschen Soldaten und Matrosen, deren Mütter in Armut zurückgelassen worden waren.

Einen früheren Schüler, der um 1639 herum die Schule besucht haben muß, kennt man allerdings aus einem anderen Zusammenhang. Das ist der hochbegabte Peder Schumacher, Sohn eines deutschen Weinhändlers aus der Kobmagergade und einer Dänin, der als Vierjähriger, weil er noch nicht auf seinen eigenen Beinen gehen konnte, in die Petri-Schule getragen wurde, aber einen so guten Kopf hatte, daß er nach kurzer Zeit hier nichts mehr lernen konnte, so daß er zum Bischof kam und mit 12 Jahren eine lateinische Rede an der Universität hielt. Er ist besser bekannt unter dem Namen Graf Griffenfeld. Übrigens hat er den Text von „Kongeloven“ geschrieben, des absolutistischen Königsgesetzes von 1665, der ersten geschriebenen dänischen Verfassung.

Hier muß erwähnt werden, daß ein anderer berühmter ehemaliger Schüler der Sankt-Petri-Schule, der bedeutende national liberale Politiker Orla Lehmann, von dem auch in diesem Aufsatz noch die Rede sein wird, einen wesentlichen Einfluß auf Sprache, Form und Inhalt der heute noch gültigen demokratischen dänischen Verfassung hatte, dem dänischen „Grundlov“/Grundgesetz von 1849 .

Der schon erwähnte Hauptpastor Balthasar Munter kann als Begründer der Sankt- Petri-Mädchenschule bezeichnet werden. 1771 richtete er zunächst eine „Deutsche Freischule für hilflose Kinder“ ein, in der 60 Jungen und zum ersten Mal auch Mädchen zusammen unterrichtet wurden: vormittags in Christentum, Schreiben und Rechnen, nachmittags die Mädchen im Flachsspinnen und die Jungen im Strümpfestricken.

Sogenannte „Schulpatrioten“ wählten die Schüler teilweise selbst aus, für die sie bezahlen wollten, und stifteten die Rohstoffe, - wofür sie dann auch die fertigen Produkte zurückbekamen.

1789 endete dieser erste Versuch mit der Koedukation, weil Hauptpastor Münster es doch nicht für gut hielt, Jungen und Mädchen gemeinsam unterrichten zu lassen. Die Schule wurde in eine „Freischule für arme Mädchen“ umgewandelt, und die Jungen wurden in die Knabenkirchenschule übernommen.

Die Frau eines sehr reichen Gemeindemitglieds, Pauline Maria Tutein, stiftete 1797 4.000 Reichsthaler für den Kauf eines Gebäudes für die Mädchenschule, um „der dienenden Klasse einen Zuwachs zu

verschaffen, daher denn auch mit ihr eine Arbeitsklasse verbunden“ war, wo die Jugend „in allen weiblichen Beschäftigungen unterrichtet wurde, welche die Tüchtigkeit weiblicher Dienstboten begründen“. Das also war das Schulziel. Aber ihre eigenen Töchter hatten private „Informatoren“. Die Mädchenschule hat bis 1935 bestanden, zuletzt seit 1856 in einem Gebäude auf dem Friedhofsgelände neben der Sankt-Petri-Kirche. Architekt war Jens Juel Eckersberg, ein Sohn des berühmten „Guldalder“-Malers Eckersberg und einer Tochter des Porträtmalers Jens Juel.

3.4. Peter Nikolai Svensen aus Husum - die Sankt-Petri-Schule als „feste Burg“ der Buchhaltung

1764 fand die erste richtige Ausschreibung der Schulmeisterstelle an der Sankt-Petri-Schule statt. Man benutzte dazu dänische, schleswig-holsteinische und deutsche Zeitungen. Es gingen 42 zum großen Teil sehr qualifizierte Bewerbungen aus ganz Deutschland, zum Beispiel auch aus Bayern und Hessen, ein, was als Zeichen dafür gilt, daß Kopenhagen um die Mitte des 18. Jahrhunderts ein ersehntes Ziel für die gebildete Welt Deutschlands war.

Gewählt wurde schließlich Peter Nicolai Svensen aus Husum. Er ist der erste Sankt-Petri-Schulmeister, von dem man so viel weiß, daß er uns als Persönlichkeit entgegentritt.

Svensen hat knapp 40 Jahre erfolgreich an der Schule gewirkt, ihr sein eigenes Gepräge gegeben und ihr in seiner Zeit zu hohem Ansehen verholfen.

Als 1790 eine „Kommission zur besseren Einrichtung des dänischen Schulwesens“ gebildet wurde, lieferte Svensen einen „Bericht über die St. Petri deutsche Kirchen-, Haupt- oder Freischule“. Es ist interessant zu sehen, wie sich die Schülerschaft zusammensetzte und auf welcher ökonomischen Grundlage die Schule arbeitete:

Sie hatte 118 Schüler in 4 Klassen:

1. die eigentliche Sankt-Petri-Knabenschule, 50 Schüler, die (bezahlungs) freien Unterricht, freie Kleidung und Bücher erhielten, sog. Freischüler,
2. eine Klasse mit 26 Schülern, von denen 6 aus dem Legat des Hofapothekers Becker bezahlt wurden, die übrigen 20 wurden dann kostenlos mitunterrichtet,
3. die „Prinzessin-Klasse“, benannt nach dem Legat der Prinzessin Charlotte Amalie, 3 Reichsthaler je Schüler für 7 Schüler,
4. eine sog. Geldklasse von 35 Jungen, für die die Eltern direkt an

Svensen bezahlten.

Zu den Fächern Christentum, Lesen, Schreiben und Rechnen kamen auch die mathematischen Wissenschaften und die kaufmännische Buchhaltung.

Der Kopenhagener Bischof N. E. Balle, ein Mitglied der Reformkommission, der die Berichte aller Kopenhagener Schulen gelesen hatte, lobte die Sankt-Petri-Schule: Sie sei die einzige in der Stadt, in der auch Buchhaltung unterrichtet werde und die einzige, in der man für regelmäßigen Schulbesuch sorgte und etwas gegen das Grundübel der Versäumnisse tat, und auch die einzige, in der das Kirchenkollegium ganz allein ohne die Geistlichen den Schulhalter wählte und mit dem Pastor zusammen die Schulaufsicht besorgte. Die Mitglieder dieses Kirchenkollegiums waren erfolgreiche Kaufleute und Handwerker, die die mathematischen Wissenschaften und die Kenntnisse in der Buchhaltung zu schätzen wußten. Bestätigt wird dieses positive Urteil über die Schule in einer Reisebeschreibung von 1792, in der es über das Schulwesen in Kopenhagen heißt: „Die Sankt-Petri-Gemeinschaftschule gilt seit langem als beste Schule.“

Übrigens hatte diese schon lange vor 1790 viel Wert gelegt auf den Unterricht in Mathematik und kaufmännischer Buchführung. Davon zeugt auch eine Anspielung in Ludwig Holbergs Komödie von 1726 „Den Stundesløse“/„Der Mann, der nie Zeit hat“, in der der falsche - eigentlich richtige - Freier dem Herrn „Vielgeschrey“ mit der schamlos übertriebenen Bemerkung als Meister der Buchhaltung angepriesen wird, er sei im Rechnen so gut, daß er neben der „Regula de Tri“, dem Dreisatz, noch eine neue gemacht habe, „Regula Petri“ genannt.⁴ Diese komödiantische Anspielung hatte nur Sinn, wenn Holberg davon ausgehen konnte, daß die Rechenkünste der Lehrer an der Sankt-Petri-Schule den Theaterbesuchern in Kopenhagen bekannt waren. Die beiden Kopenhagener Schulhistoriker H. Kyrre und H. P. Langkilde sind sich in ihrer Kopenhagener Schulgeschichte von 1926 denn auch sicher, daß Holberg hier die Sankt-Petri-Schule gemeint hat, „Bogholderiets faste Borg“, die „feste Burg“ der Buchhaltung, wie sie sagen. Der ausgebildete Buchhalter Peter Nikolai Svensen ist für sie das Paradebeispiel dafür.⁵ Svensen sorgte selbst dafür, daß seine Rechenfähigkeiten in der Stadt bekannt wurden, indem er sehr bald nach seiner Ankunft 1765 einen Streit der Rechenmeister in der „Adreßzeitung“ vom Zaune brach, Teil des durchaus erbitterten Konkurrenzkampfes um die privaten Bezahlungsschüler, in dessen Verlauf er sich auch schon dafür zu verteidigen hatte, daß er die öffentliche Debatte in deutscher Sprache führte. Er tat das, indem er

selbstbewußt daraufhinwies, daß er in Husum als Untertan des dänischen Königs geboren sei und dort deutsch gesprochen werde, eine der drei Sprachen des multinationalen, gesamtstaatlichen Königreichs. Svensens wichtigste Aufgabe neben der Schulmeister Tätigkeit war seit 1771 seine Stellung als Inspektor und Revisor der königlich dänischen Zahlenlotterie/„Tal-Lotteriet“, die nicht verwechselt werden darf mit der Klassenlotterie. Für ihre Grundlegung hatte er dem König eine mathematische Konzeption geliefert. Im Jahre 1800 erhielt er die Goldmedaille der „Kongelig Danske Videnskabemes Selskab“ für sein Werk „Vollständige Tafeln der componierten ungeraden Zahlen mit allen ihren Hauptfaktoren von 1 bis 500.000“.

3.5 Sankt-Petri-Realschule - Sankt-Petri-Gymnasium?

Anfang des 19. Jahrhunderts hatten die Sankt-Petri-Schulen immernoch den Ruf, Armenschulen zu sein. Die richtig feinen und reichen Leute aus der Gemeinde ließen ihre Kinder weiterhin privat unterrichten, benutzten die Lateinschulen der Stadt oder das teure „Christianische Institut“ des deutschen Hofpredigers Christiani, das auch deutsch geführt wurde und zwar nach den damals modernen pädagogischen Ideen des berühmten deutschen Professors J. B. Basedow, ehemals Lehrer an der Ritterakademie in Sorø.

Nach der Katastrophe, die der Ausgang der Napoleonischen Kriege für Dänemark bedeutet hatte, der Bombardierung Kopenhagens 1807, bei der auch die Sankt-Petri-Kirche schwer beschädigt worden war, nach dem Staatsbankrott von 1813 und dem Verlust Norwegens 1814, ging es den Sankt-Petri-Schulen und auch der Sankt-Petri-Gemeinde zunächst sehr schlecht.

Die Gemeinde war zerstreut und mutlos geworden, und es gab Überlegungen, ob man nicht seine Selbständigkeit aufgeben und sich einer anderen, also dänischen Gemeinde anschließen sollte.

Man beschloß aber, nicht zuletzt durch den energischen Einsatz des königlichen Patrons Ernst Schimmelmann, um jeden Preis selbständig zu bleiben. Ein Aufruf zu Spenden für den Wiederaufbau der Kirche in den Herzogtümern Schleswig und Holstein und in Dänemark hatte einen überraschend großen Erfolg: Fast 77.000 Rthlr. kamen zusammen, und nur 54.000 Rthlr. wurden gebraucht. Einen solchen Ruf hatte die Sankt-Petri-Gemeinde damals über die Grenzen Kopenhagens hinaus!

Ab 1816 kam mit dem energischen Pastor Dr. Kochen, der neue Ideen für die Gemeinde und auch für die Schulen mitbrachte, ein neuer Aufschwung. 1818 gründete man eine „Knabenrealschule“ und nach ihrem

großen Anfangserfolg schon 1819 eine „Mädchenrealschule“. 1823 hatte sich die Schülerzahl der nun vier Sankt-Petri-Schulen von 113 im Jahre 1816 auf 503 erhöht. Leiter der Knabenrealschule war Inspektor Sternhagen, ausgebildet als Theologe und mit einer Vorgeschichte als Privatlehrer und Übersetzer, er sprach beide Sprachen, Dänisch und Deutsch. Sternhagen formulierte das Schulziel in zwei ausführlichen Artikeln unter dem Titel „Über den Geist und die Methode an den Schulen der Sankt-Petri-Gemeinde“ in der Zeitschrift „Nyeste Skjilderie af København“ im Februar 1820: Dänisch und Deutsch seien die beiden vaterländischen Sprachen, die in den dänischen und deutschen Provinzen des Gesamtstaates gesprochen würden. Deutschsprachige Eltern benutzten diese deutsche Schule in Kopenhagen für ihre Kinder, wo sie ihre Muttersprache, welche auch die Sprache ihrer Kirche sei, pflegen könnten. Aber auch in dänischen Familien habe man eingesehen, wie notwendig die Kenntnis der deutschen Sprache sei in einer Zeit, wo außerhalb der engen Grenzen Dänemarks sich Arbeitsmöglichkeiten böten. Die Schulabgänger sollten vollkommene Kenntnis sowohl in der dänischen als auch in der deutschen Sprache haben. Er betonte, daß auch die dänische Sprache mit einer Gründlichkeit gelehrt werde, die nichts mehr zu wünschen übrig lasse. Die Prügelstrafe sei aus der Schule verbannt.

Wir wissen aus dem Tagebuch des Etatsrats Wilhelm Lehmann, daß er dieses Projekt als Mitglied der Schulkommission mit seiner ganzen Kraft unterstützt hat.⁶ Lehmann vertrat nämlich eine typische „Sankt-Petri-Familie“ mit Bedarf für eine deutsche höhere Schule in Kopenhagen. Er war im deutschen Holstein, also innerhalb des dänischen Gesamtstaates geboren, in Deutschland akademisch ausgebildet und hoher Beamter in der dänischen Verwaltung geworden und mit einer dänischen Frau verheiratet. Seine drei Kinder, darunter sein Sohn Orla Lehmann, der schon erwähnte spätere nationalliberale Politiker, besuchten diese neue Schule. Zusammen mit zwei anderen akademisch ausgebildeten Gemeindegliedern war er auch bereit, gratis und aus reiner Begeisterung für sein Fach, an der Schule zu unterrichten, damit die Lehrer bessere Gehälter bekommen konnten. Die Sankt-Petri-Realschule mußte sich ökonomisch nämlich selbst tragen durch die Einnahmen aus dem Schulgeld.

So unterrichteten also außer den fest angestellten Lehrern neben ihrem eigentlichen Beruf in

Geographie: Dr. Garlieb, Administrator der kgl. Porzellanfabrik,

Naturgeschichte: Etatsrat Wilhelm Lehmann,

Seelenlehre: Pastor Dr. Kochen.

Jetzt kamen wirklich die Kinder der deutschen Beamten- und reicheren Bürgerfamilien in die Schule der eigenen Gemeinde, und mehrere von

ihnen wünschten nun, daß ihre Kinder auch von derselben Schule auf die Universität übergehen können sollten.

Der Gedanke lag ja nahe. Warum sollte es so bleiben, daß die vielen gebildeten und wohlhabenden deutschsprachigen Adels- und Bürgerfamilien und die zahllosen deutschsprachigen Beamtenfamilien der jetzt Schleswig-Holsteinisch-Lauenburgischen Kanzlei ihre Kinder entweder selbst oder für teures Geld privat unterrichten lassen oder auf dänische Lateinschulen schicken sollten? Das teure deutschsprachige Christianische Institut, das dieses Bedürfnis früher für die Söhne der ganz Reichen befriedigt hatte, gab es seit 1810 als Alternative nicht mehr. Dazu mußten auch die alten Sprachen unterrichtet und das „jus dimittendi“, das Recht, auf den Besuch der Universität vorzubereiten, beantragt werden. Dieses Recht wurde durch königliche Resolution am 30. März 1821 dem Kandidaten der Theologie Johann Sigismund Strodthmann aus Hadersleben erteilt. Im Juni 1822 begann die „Lateinklasse“ mit sieben Schülern. Ein Jahr später hatte man schon 24 Schüler.

Am Anfang sah also alles sehr gut aus. Das Projekt war vernünftig begründet und innerhalb der Verfassung des dänischen Gesamtstaates auch ganz legitim. Es handelte sich ja um nichts anderes als darum, die Sankt-Petri-Schule für die Kinder der deutschsprachigen Untertanen des gemeinsamen Königs in der Hauptstadt des multinationalen und multilingualen Gesamtstaates weiter zu entwickeln. Daß Sternhagen in seinen Zeitungsartikeln auch um Kinder dänischer Eltern geworben hatte, ging allerdings darüber hinaus.

Leider wurde diese Lateinklasse schon 1824 wieder aufgelöst. Orla Lehmann mußte z. B. seine Schulzeit an der dänischen „Borgerdydskole“ beenden. Das vielversprechende Projekt war gescheitert. Was war der Grund?

4. Sankt-Petri-Gemeinde und Schule in der Zeit der Nationalitätenkämpfe

Es ist lohnend, sich die Auseinandersetzung um diese Lateinklasse genauer anzusehen. Die deutsche Gemeinde und ihre Schulen in Kopenhagen standen vor ganz neuen Herausforderungen. Aber es kam nicht ganz aus heiterem Himmel, Vorzeichen hatte es schon gegeben. Wir müssen etwas zurückgreifen.

Das Königreich Dänemark war in den vorangegangenen Jahrhunderten praktisch dänisch-deutsch zweisprachig gewesen. Das Zusammenleben von Dänen und Deutschen war harmonisch gewesen und bis zum Ende des 18. Jahrhunderts so gut wie unproblematisch, abgesehen von einzelnen Äußerungen des sozialen Neids auf die in Wirtschaft und Verwaltung erfolgreicheren Deutschen. Dies ist die Ausgangsthese der

dänischen Germanistin Vibeke Winge in ihrem schon erwähnten Buch über die Geschichte der deutschen Sprache in Dänemark 1300 - 1800.⁷ Im Jahre 1820 war die Situation aber schon eine andere. Inzwischen war die Grundlage für die dominierende Rolle, die die Deutschen in der dänischen Gesellschaft - in Regierung, Verwaltung, Bildung, Erwerbsleben - mindestens ein Jahrhundert lang gespielt hatten, längst im Schwinden. Dadurch war auch die Basis für die alte bedeutende Rolle der Sankt-Petri-Gemeinde brüchig geworden, auch wenn viele Mitglieder aus der großen Zeit noch lebten.

Wenn man mit den Erfahrungen von heute zurückblickt, drängt sich ja tatsächlich die Frage auf: Wie hat eigentlich die dänische Mehrheit auf die Dominanz der Deutschen in Regierung, Verwaltung, Wirtschaft und Militär reagiert?

Von diesem großen Thema handeln über weite Strecken die beiden ersten Bände der von Oie Feldbaek redigierten „Dansk Identitetshistorie“, erschienen 1991, insbesondere die Abschnitte von Harald Ilspe, Oie Feldbaek, Vibeke Winge und Lorenz Rerup.⁸ Sie sind so interessant und wichtig, daß ich zu sagen wage: Man muß sie gelesen haben, wenn man den Teil des Identitätsbewußtseins der Dänen verstehen will, der mit ihrem Verhältnis zu Deutschland zu tun hat.

Die durchaus kritische Diskussion über die Rolle der Ausländer und Fremden in Dänemark, und das waren für lange Zeit fast immer die Deutschen, begann mindestens schon unter Christian IV. Das Thema „Deutschland und die Deutschen als Problem Dänemarks“ ist in der kollektiven Erinnerung der Dänen viel älter als wir Deutsche - und vielleicht auch die Mehrzahl der Dänen — heute glauben, wenn wir nur die historischen Stationen 1848/50, 1864, 1920 oder 1940/45 nennen.

Wichtig für die ganze Diskussion war die Definition des immer mehr gebräuchlich werdenden Begriffes „Vaterland“. Es kam nun darauf an, ihn richtig zu definieren und dieser Definition auch die allgemeine Akzeptanz zu verschaffen. Die über die Grenzen hinweg mobile und hochkultivierte deutsche Oberschicht des dänischen Gesamtstaates im 18. Jahrhundert identifizierte sich mit dem rationalen, kosmopolitisch-aufklärerischen Vaterlandsbegriff, den sie auch ganz bewußt durchzusetzen versuchte. Er wurde so formuliert: „Nicht dort, wo wir geboren, aufgewachsen und erzogen worden sind und wo unsere Eltern/Vorväter leben, sondern da, wo wir als Bürger leben und den Schutz der Gesetze genießen, ist unser Vaterland.“

Dieser weltbürgerliche Vaterlandsbegriff entsprach um 1760 noch ganz gut der dänischen Wirklichkeit, als z.B. drei Viertel der

Regierungskollegien deutsche Chefs hatten. Die dänischen bürgerlichen Intellektuellen fanden sich jedoch inzwischen auch selbst qualifiziert genug, die hohen Stellungen einzunehmen, die sie aber von den fremden Deutschen besetzt fanden. Das war außerordentlich frustrierend für sie, weil es neben der sozialen und materiellen Benachteiligung noch so viele andere persönlich demütigende und auch demotivierende Aspekte enthielt. Auch sprachen viele dieser Fremden nicht die dänische Sprache, und manche bemühten sich nicht einmal darum, sie zu lernen.

Die selbstbewußter gewordenen dänischen Intellektuellen hielten also ihren eigenen Vaterlandsbegriff dagegen, und der lautete ganz anders: „Fædrelandet/Vaterland, das ist das Land, in dem man geboren ist, dessen Sprache man spricht, in dem man erzogen worden ist und lebt - und also auch Anspruch auf die höchsten Ämter haben sollte, weil man es auch besser als die Fremden kennt und liebt.“

1776 - es war nach der Struensee-Zeit - setzte sich dieser Vaterlandsbegriff auch juristisch durch mit dem Indigenatsgesetz/„Indfødsret“, das bestimmte, daß nur der in den dänischen Staatsdienst aufgenommen werden konnte, der im Lande - allerdings einschließlich der Herzogtümer Schleswig und Holstein und Norwegens - geboren war. Das neue Gesetz wurde überall im Lande bejubelt, denn es entsprach dem Empfinden der dänischen Mehrheitsbevölkerung und hatte mit dem für sie besser verständlichen Vaterlandsbegriff auch die Zukunft für sich. Das wird noch einleuchtender, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das dänische „fædrelandet“ entstanden ist aus „fæderne land“, d. h. „fædrenes land“, Land der Väter. Den Deutschen kann es zunächst überraschen, daß der dänische Vaterlandsbegriff durch den Plural von Vater eine ganz andere historische Tiefendimension hat als der deutsche.

Der deutsche Kreis um die Bernstorffs war 1776 wohlweislich vorher nicht informiert worden und hatte kein Verständnis für das neue Gesetz. Hier sprach man leicht irritiert von einem bedauerlichen „Danizismus“. Andererseits reagierte man auf dänischer Seite sehr nervös auf einige ungeschickte negative Äußerungen von deutscher Seite über das Gesetz. Daraus entstand eine außerordentlich heftige öffentliche Diskussion. Genau ein Jahr lang, von April 1789 bis April 1790, „raste“, muß man schon sagen - ermöglicht durch die von Struensee eingeführte Pressefreiheit - in den Kopenhagener Zeitschriften und in Flugblättern die sog. „Tyskerfejde“/Deutschenfehde, in der das dänische gebildete Bürgertum sich an den privilegierten Deutschen rieb und vor dem Hintergrund eines sehr negativen Deutschenbildes sich seiner eigenen nationalen Identität vergewisserte.

Es war eine Vorwarnung für das, was kommen sollte. Ein Nationalstaat

mit einer Nationalsprache? Dann würde der bisherige multilinguale und multinationale dänische Staat ein sehr problematisches Gebilde sein, und die Situation von Sankt- Petri-Kirchengemeinde und Schule darin ebenfalls! Die Institutionen von Sankt

Petri waren in der „Tyskerfejde“ von 1789/90 nicht speziell angegriffen worden. An den Ton einiger Äußerungen in dieser nun über dreißig Jahre zurückliegenden „Deutschenfehde“ erinnern aber die Angriffe auf die Sankt-Petri-Schulen im Jahr 1821.

Es begann so: Man hatte offenbar von Seiten der Schule vorgehabt, ein wenig offensiver zu werben, um mehr Schüler für die Schulen zu bekommen. So waren schon die Artikel Stemhagens von 1820 gemeint gewesen. Er hatte damals in Anspielung auf die „Deutschenfehde“ von vor 31 Jahren mit der Bemerkung geschlossen, „die Zeit sei doch sicher ganz vorbei, da engherziger Patriotismus sich in Dänemarks Bruderfamilie fast einschleichen wollte“. Und der Leiter der Lateinklasse Strodttmann hatte in einem Artikel vom 23. Oktober 1821 in einem Gedicht über „Teutschheit und Dänentum“ auch daran erinnert und zur Versöhnung zwischen den Völkern aufgerufen:

„Es wäre an der Zeit, die schnöde Fehde zu
enden, die den Dan vom Thuisko trennt, auf
daß man sonder Unterschied der Rede des
Odins Sohn auch Hermanns Enkel Bruder
nennt.“

Diese Einschätzung der Situation war aber offensichtlich falsch! Beide Äußerungen müssen sehr provokativ gewirkt haben. Denn ein damals zwanzigjähriger Student namens Holger Visby antwortete am 3. und 4. November 1821 in zwei Artikeln mit einem außerordentlich scharfen Angriff auf die Rolle der Deutschen in Kopenhagen und ihre Schulen im besonderen. Zunächst unter der Überschrift: „An Herrn Strodttmann, den selbsternannten Repräsentanten der Deutschen.“ Er schrieb u.a.: „Die Deutschen genießen Vorrechte im Lande wie kein anderes Volk. Sie haben in Kopenhagen selbst 2 Kirchen und 7 Schulen. Damit noch nicht zufrieden, zeigen sie sich mitten im Kern Dänemarks als Feinde im eroberten Land, indem sie der dänischen Jugend fremde Sitten aufnötigen wollen... es könnte geschehen, daß die ungebetenen Gäste zur Tür hinausgeworfen würden und daß die Eingeladenen gewarnt würden, sich etwas vorsichtiger aufzuführen.“

Der nächste Artikel hatte die Überschrift „Vergleich zwischen Deutschen und Juden“: Sie hätten das gemeinsam, daß sie beide einen Staat im Staate bilden wollten. Vorgesetzte und Lehrer der deutschen Schulen

wurden gefragt, ob es wahr sei, daß ein Junge dafür, daß er ein dänisches Wort in der Schule gesagt habe, damit bestraft werde, mehrere Stunden auf den Knien zu liegen und sein Mittagessen einzubüßen, daß die Kinder in dieser Schule gegen alles Dänische eingenommen würden, indem man sie lehre, daß dänisch und dumm gleichbedeutende Wörter seien.

Die längere und unerquickliche Diskussion, auf die auch der König aufmerksam wurde, endete damit, daß Visby seine offensichtlich unberechtigten Vorwürfe öffentlich zurücknehmen mußte, um eine Beleidigungsklage vor Gericht zu vermeiden. Aber das geschah erst mehr als vier Jahre später und nützte der Schule nicht mehr. Der Schaden war schon eingetreten. Der Inhaber des Prüfungsrechts, Strodtsmann, war an die Gelehrtenschule in Husum im Herzogtum Schleswig gegangen, und die einmalig gebliebene Lateinklasse lief aus.

Peinlich für Gemeinde und Schule war, daß die in schulischen Dingen so tüchtigen Herren Dr. Kochen und Stemhagen sich durch menschliche Unzulänglichkeiten angreifbar gemacht hatten. Sie hatten sich nämlich gemeinsam einer gesetzlichen Unkorrektheit mit einem Taufattest schuldig gemacht, um zu vertuschen, daß Stemhagen ein außereheliches Verhältnis mit einer Kopenhagener Kaufmannsfrau gehabt hatte. Visby hatte das in seinem Artikel angedeutet. Beide wurden dafür verurteilt und von ihren Ämtern suspendiert. Dr. Kochen mußte seine Gemeinde verlassen und kehrte nach Holstein zurück.

Obleich also die Sankt-Petri-Schulen in ihrer pädagogischen Integrität bestätigt wurden, fehlten ihnen nun die drei Persönlichkeiten, die alles angefangen und getragen hatten, und es blieb ein Makel an Gemeinde und Schulen hängen. Wenn man nach einer möglichen Schuld auf Seiten der drei Akteure in Sankt Petri fragen will, dann kann man Strodtsmann und Stemhagen, die die Schule aus Gründen der Werbung positiv hatten ins Gespräch bringen wollen, vielleicht Vorhalten, daß sie ihre öffentlich geäußerten Worte mit ein wenig mehr Gespür für die mögliche Reaktion der dänischen Seite hätten wählen sollen.

Von vielen Seiten wird jedoch bestätigt, daß der Hauptpastor Dr. Kochen ein gerüttelt Maß an Schuld trug: Orla Lehmann, der zwei Jahre lang Schüler dieser Lateinklasse gewesen war, fällt in seinen Erinnerungen das sicher zutreffende abschließende Urteil: „Es kann nichts dagegen eingewendet werden, daß sie (die Gemeinde) mit eigenen Mitteln ihr eigenes Schulwesen verbesserte, und es war nur die anmaßende Art, womit der begabte, aber rücksichtslose Dr. Kochen das Werk betrieb, die dieses als einen Vorposten der pangermanischen Propaganda

hervortreten ließ und die Schule in Kollision brachte sowohl mit den Behörden wie mit der öffentlichen Meinung... Es war also ein kleines Vorpostengefecht in dem großen Kampf zwischen Dänisch und Deutsch, in den ich nun einbezogen wurde, und das auf deutscher Seite.“⁹

Dr. Kochen sei „von jeher in seinen herabsetzenden und pikanten Äußerungen über die Dänen so unvorsichtig gewesen, daß er sich dadurch viele heimliche Feinde gemacht hatte, die nur auf eine Gelegenheit warteten, ihm zu schaden oder ihn zu stürzen“, sagte sein Nachfolger über ihn.

„Streitbar hochmütig und voll Geringschätzung der Dänen“ nannte ihn sein Vorgesetzter, der Bischof von Seeland Frederik Münter, Sohn des schon erwähnten Hauptpastors Balthasar Münter, und es sei ihm ein persönlicher Kummer, einen solchen Mann im Amte seines Vaters zu sehen. Dieser hatte nämlich wie die etwas sensibleren unter den Deutschen in Kopenhagen - seit die Berechtigung ihrer Vorrangstellung öffentlich in Frage gestellt wurde - wohl gewußt, daß sie in ihrem Auftreten im Lande vermeiden mußten, sich in irgendeiner Weise hochmütig, herabsetzend oder besserwisserisch über das Land, die Menschen und die Verhältnisse oder über die Sprache zu äußern, ja, daß sie gar nicht erst damit anfangen durften, sich selbst solche Gedanken auch nur zu erlauben.

Wie aufmerksam Balthasar Münter in dieser Beziehung die Entwicklung seines Sohnes beobachtete und einfühlsam korrigierend begleitete, zeigt folgender Vorgang von 1781, der geradezu als ein Musterbeispiel für Erziehung gegen das nationale Vorurteil angesehen werden kann.

„Fritz“, das war der eben erwähnte spätere Bischof von Seeland Frederik Münter, war von Rødby kommend durch Ostholstein über Eutin, wo er u. a. Johann Heinrich Voß besucht hatte, nach Lübeck gereist. Von dort hatte er in seinem ersten Reisebrief als Student aus Deutschland geschrieben: „Herzlich freute ich mich, als ich auf deutschen Boden kam - die Leute sind auch viel von den Dänen verschieden - so bieder, treu und ehrlich - und daß sie frei sind, sieht man den Bauern beim ersten Blick an.“¹⁰

Vater Münter antwortet ihm Punkt für Punkt - vorsichtig aber deutlich zu rechtweisend. Keinen einzigen Anflug von nationaler Überheblichkeit oder eines sich bildenden Vorurteils will er ihm durchgehen lassen: „In dem Striche von Holstein, den du passiertest, mögen die Bauern frei sein, und magst du es ihnen beim ersten Blick angesehen haben, daß sie es sind. Sonst, kann ich dir sagen, sind sie es in Holstein ebenso wenig und noch weniger als in Dänemark. Ob du Ursache hattest, dich so herzlich zu

freuen, als du auf *deutschen* Boden kamst, will ich nicht entscheiden. Wenigstens deucht mich, daß *du* keine Ursache hattest, dich herzlich zu erfreuen, als du den *dänischen* verließest.“ Die Hervorhebungen sind vom Vater.“

Diese gezielte Wachsamkeit gegenüber so leicht sich einschleichenden nationalen Überheblichkeiten entsprach in idealer Weise der übernationalen oder vornationalen kosmopolitischen Grundhaltung der deutschen Oberschicht in Kopenhagen. Sein neues dänisches Vaterland, in dem er lebte und wirkte - auch dessen „Boden“ - war ihm genau so lieb wie das deutsche, in dem er geboren und aufgewachsen war. Rangunterschiede in der Wertigkeit aufzustellen, auch in bezug auf die Bewohner, erlaubte er sich selbst und auch seinem Sohn nicht.

Wenn Dänemark aber jetzt auf dem Weg zum Nationalstaat war mit einer Nationalsprache und einem national definierten Staatsvolk, dann hatte sich die Situation auch für die Sankt-Petri-Gemeinde und Schule geändert. Diese vornehme „übernationale“ Haltung wurde nicht mehr respektiert.

Ein reisender Holsteiner beschrieb die jetzt veränderte Atmosphäre im Jahre 1830 so: Kopenhagen sei „ein langweiliges, ödes, mit tausend und abertausend Ohren und Zungen versehenes Nest, in dem jeder Holsteiner wie ein Kuckucksei angesehen“ werde. Ungefähr gleichzeitig beschrieb ein junger Holsteiner in der Schleswig-Holsteinisch-Lauenburgischen Kanzlei die veränderte Einstellung seiner Landsleute zur altüberlieferten dänischen Regierungsautorität in der fernen Hauptstadt so: Sie wollten sich „lieber unter sich als unter den Stockdänen“ aufhalten und hatten „ein nationales Gefühl in Kopenhagen wie etwa die jungen Polen in den Ministerien in St.Petersburg“.¹²

Aber auch Deutschland war auf dem Weg in den Nationalstaat. Und da war nun das Problem mit dem Herzogtum Schleswig. Eine Katastrophe für die Sankt-Petri-Gemeinde war folglich das Jahr 1848, als beide werdenden Nationalstaaten das national gemischte Schleswig für sich beanspruchten und die deutschen Schleswig-Holsteiner sich von Dänemark zu lösen versuchten. Louis Bobe schreibt über die Situation: „Alle Deutschen aus der Kanzlei, Rentkammer, Zollkammer, Postbehörde begaben sich nach Rendsburg ... Das kirchliche Leben in der Sankt-Petri-Gemeinde war verödet durch den Abzug vieler bedeutender Familien“, und „der Hauptpastor Dr. Johannsen mußte von seiner sonst so umdrängten Kanzel plötzlich auf eine unendlich schwach besuchte Kirche niederschauen. Von seinen 150 Konfirmanden stellten sich am Palmsonntag 1848 nur drei zur heiligen Handlung ein.“

Es gab nun kein Sozialprestige mehr, wenn man dieser Gemeinde angehörte. Im Gegenteil, es war eine Belastung geworden, sehr viele zogen sich von ihr zurück. Die nächste Prüfung kam 1864, im Jahr des Krieges um Schleswig zwischen Preußen/Österreich und Dänemark. Natürlich fragte man: Wie steht es um die Loyalität der Deutschen in Kopenhagen im Umkreis von Sankt-Petri-Gemeinde und Schule?

Das war diesen Deutschen offensichtlich wohl bewusst, denn schon im Januar 1864 hatte eine Reihe von in Kopenhagen lebenden deutschen Schleswigern und Holsteinern erklärt, daß „wir, die in den Herzogtümern geborenen dänischen Untertanen, keinen Grund haben, uns zu beklagen über die Behandlung durch das dänische Volk oder die dänische Regierung, sondern damit ganz zufrieden sind“. Dem schlossen sich später 993 aus den deutschen Staaten kommende Deutsche an.

5. Als deutsche Institutionen im dänischen Nationalstaat

Dänemark war nach dem Verlust von Schleswig und Holstein 1864 nun wirklich ein Nationalstaat geworden, und es gab Versuche, auch die Sankt-Petri-Gemeinde ganz zu danisieren, also ihre Deutschsprachigkeit aufzuheben. Ausgerechnet

Ferdinand Tillisch, der dänische Minister für Schleswig bis 1864, der dort die nationalistische sprachliche Danisierungspolitik in den gemischtsprachigen Gebieten durchgeführt hatte, wurde ihr als königlicher Patron aufgezwungen! Das geschah unter Mißachtung der Privilegien, nach denen die Gemeinde selbst das Vorschlagsrecht für das Amt gehabt hätte.

Der nun entstehende Streit war sehr bitter, und er hätte die Gemeinde wohl fast zerrissen. Nach der Reichsgründung 1871 wurde der Machtkampf von zwei zu diesem Zweck gegründeten Wählervereinen, der dänischen „Sankt Petri Selskab“ und dem deutschen „Sankt-Petri-Gemeindeverein“ ausgetragen. Es ging um die Deutschsprachigkeit in den Gottesdiensten der Gemeinde. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen vor der Wahl des 2.Kirchenältesten 1874 wurden die großenteils in Dänemark geborenen Mitglieder des „Sankt-Petri-Gemeindevereins“ von Seiten der „Sankt Petri Selskab“ als „Einwanderer“ und „Gäste in Dänemark“ bezeichnet, und man versuchte, die Gemeinde mit Hilfe einer Welle von dänischen Neueintreten zur Unterstützung der „Sankt Petri Selskab“ in ihrem „Kampf gegen die Anmaßungen der deutschen Partei“ zu majorisieren.

Das gelang jedoch nicht. Der Kandidat des deutschen „Gemeindevereins“, der 1858 aus Kiel nach Kopenhagen eingewanderte Fabrikant und

Großhändler Wilhelm Bähncke (jedem Dänen heute noch bekannt durch den Reklameslogan für einen vielgekauften Tafelsenf aus seiner Firma: „Intet bord uden Bähncke!“), wurde wiedergewählt und setzte sich bei der Mehrheit der Gemeinde und auch beim König durch. 1880 wurden die alten Privilegien der Gemeinde von 1678, auch ihre Deutschsprachigkeit und das Recht der Gemeinde, beim Monarchen ihre Wünsche in bezug auf den zu ernennenden Königlichen Patron zu äußern, neu bestätigt. Und das geschah gegen den Willen des amtierenden Königlichen Patrons, der immerhin damals dänischer Innenminister war.

Entscheidend war die von Bähncke immer wiederholte Loyalitätserklärung, die nicht dem neuen nationalstaatlichen, sondern dem alten gesamtstaatlich weltbürgerlichen Vaterlandsbegriff entsprach, daß „die deutsch redenden Mitglieder der Gemeinde nicht eine deutsche Kolonie in der Hauptstadt Dänemarks seien, die irgendwelche Parteiinteressen und Parteizwecke verfolge, sondern daß sie sich als gute dänische Bürger fühlten, die auch mehr als einmal willig Opfer für König und Vaterland gebracht hätten“. Dies war nämlich die historische Grundlage, auf der die Privilegien der Sankt-Petri-Gemeinde beruhten.

6. Die letzten hundert Jahre im Überblick

Ich verfolge diese Linie für das letzte Jahrhundert der Geschichte von Sankt-Petri an ein paar Beispielen:

Am 2. September 1896 hatten sechs Lehrer der Sankt-Petri-Realschule und der Knabenkirchenschule in einem Kopenhagener Restaurant eine „Sedanfeier“ veranstaltet, an der die Inspektoren, d. h. Schulleiter, aus Rücksicht auf die in Dänemark herrschende politische Stimmung nicht hatten teilnehmen wollen. Man muß bedenken, daß diese deutschen Sedanfeiern einen ausgesprochen militaristisch/ nationalistischen Charakter hatten, während die Niederlage der Franzosen bei Sedan für die Dänen den Verlust ihrer nationalen Hoffnung auf eine Volksabstimmung in Nordschleswig nach Artikel 5 des Prager Friedens von 1866 und auf eine Revision des Ergebnisses der Niederlage von 1864 bedeutete.

Die sechs patriotischen Lehrer hatten sich über das „Versagen“ ihrer Schulleiter in der „Preußischen Lehrerzeitung“ beklagt und das patriotische Gefühl ihrer Inspektoren in Zweifel gezogen. In der nationalistischen Sprache der Zeit hieß es unduldsam über sie, daß „gerade sie an der Spitze des Deutschtums und der deutschen Gemeinde zu stehen und die deutsche Gesinnung zu pflegen hätten“.

Die Sache hatte zu Angriffen auf die deutschen Schulen in den Kopenhagener Zeitungen geführt, und der königliche Patron hatte beunruhigt

reagiert. Hatten etwa vielleicht sogar Schüler an diesen Feiern teilgenommen?

Zu dem Zeitpunkt waren nur ca. 9 bis 10 Prozent der 229 Schüler in Deutschland geboren. Man versteht, daß die Sache wichtig war. Die Schulkommission billigte die taktvolle Zurückhaltung der beiden Inspektoren und erteilte den sechs Lehrern wegen ihres unkollegialen - und für die Schulen in ihrem dänischen Umfeld politisch gefährlichen - Verhaltens den „ernstesten Verweis“. Drei von ihnen gingen daraufhin bald nach Deutschland zurück.

Der Vorgang führte dazu, daß in die Instruktionen für die Lehrer ein neuer Paragraph eingefügt wurde: „Obgleich gewünscht wird, daß die St. Petri-Knaben- kirchenschule den Charakter als deutsche Schule bewahrt, so hat der Lehrer doch in Anbetracht, daß die Schüler dieser Schule zum größeren Teil sich aus Dänen rekrutieren, sich jeder nationaldeutschen Propaganda zu enthalten und auf das Nationalgefühl der ihm zur Ausbildung anvertrauten Kinder Rücksicht zu nehmen.“

Ein ähnlicher Vorfall wiederholte sich leider wenig später, als der Inspektor der Realschule Spindler bei einer Kaisergeburtstagsfeier am 27. Januar 1897, in diplomatischer Weise die Gefühle der dänischen Eltern berücksichtigend, neben den deutschen auch dänische patriotische Lieder singen ließ. Wieder war das in der „Preußischen Lehrerzeitung“ scharf und abfällig als unpatriotisch glossiert und anschließend in der Kopenhagener Presse zur Agitation gegen die Schulen und den „Deutschen Lehrerverein“ an den Schulen benutzt worden. Dieser „Deutsche Lehrerverein“ der Sankt-Petri-Schulen, in dem bisher deutsche und dänische Lehrer gut zusammengearbeitet hatten, zerbrach darüber.

Wie man sehen kann, war der Kontakt einiger reichsdeutscher Kollegen zu der „Preußischen Lehrerzeitung“ für die Sankt-Petri-Schulen gefährlich, weil sie in ihrer damals in Deutschland gerade auch in Lehrerkreisen zeitgemäßen nationalistischen Verblendung jedes Gespür für die besondere Situation dieser alten bikulturellen Einrichtung vermissen ließen. Und man kann vermuten, daß die gleichzeitig auftretenden wirtschaftlichen Probleme wegen abnehmender Schülerzahlen mit dem negativen Echo in der dänischen Umgebung zu tun hatten.

Aber die Sankt-Petri-Gemeinde hatte damals unter ihren Mitgliedern glücklicherweise genug unabhängig denkende Leute mit langjähriger Erfahrung im Lande, die als Mitglieder des Schulvorstandes, der Sankt-Petri-Schulkommission, die richtigen Entscheidungen treffen konnten, um die aus Deutschland herüberwirkenden negativen Einflüsse abfangen und die Stellung der deutsch-dänischen Sankt-Petri-Schulen in der

dänischen Gesellschaft sichern zu können.

Diesem Umstand ist es auch zu verdanken, daß die Sankt-Petri-Schule - seit 1935 die Mädchenschule in die Jungenschule aufgenommen worden war, gab es jetzt nur noch eine - die gefährlichste Bedrohung in diesem Jahrhundert durch den aggressiven deutschen Nationalismus in Form des Nationalsozialismus überleben konnte.

Dieser Versuch reichsdeutscher Lehrer mit nationalsozialistischer Gesinnung, der sich zwischen 1932 und 1933 abspielte, die Schule parteipolitisch gleichzuschalten, konnte durch den entschiedenen Widerstand der eingessenen Mitglieder des Schulvorstandes und mit Unterstützung des deutschen Gesandten schon im Laufe des Sommers 1933 abgewehrt werden. Dabei hatte der den Eklat auslösende Organist an der Sankt-Petri-Kirche und Musiklehrer an der Sankt-Petri-Schule auch noch den Parteauftrag, in Dänemark eine nationalsozialistische Parteiorganisation aufzubauen. Über diese dramatischen Vorgänge ist in dieser Zeitschrift schon früher berichtet worden.¹³

Die damals bewiesene besonnene Haltung der Verantwortlichen in der Gemeinde und im Schulvorstand konnte auch weiterhin im wesentlichen durchgehalten werden. Der neue Hauptpastor ab 1934, Dr. W. Görnandt, der auch Vorsitzender der Sankt-Petri-Schulkommission wurde, war ein Anhänger der „Bekennenden Kirche“ und Gegner des Nationalsozialismus. Er sorgte in der folgenden Zeit und auch in der Besatzungszeit dafür, daß Gemeinde und Schule durch nationalsozialistische Einflüsse so wenig wie möglich belastet wurden.

Dies war der Grund dafür, daß die Sankt-Petri-Schule in Kopenhagen die einzige deutsche Schule in den von den deutschen Truppen besetzten europäischen Ländern war, die nach dem Zweiten Weltkrieg nicht geschlossen wurde.

Übrigens hatte bei der Berufung Hauptpastor Görnandts das dänische Königshaus das entscheidende Wort gesprochen, indem es ihn einem Mitbewerber, der eigentlich die Stimmenmehrheit in der Gemeinde gehabt hatte, vorgezogen hatte. Görnandt hatte schon als Superintendent in Potsdam über das ehemalige deutsche Kaiserhaus Verbindungen zum dänischen Königshof gehabt. Wahrscheinlich spielte es eine Rolle, daß Frau Görnandt Halbjüdin war. Waren Kopenhagen und Sankt Petri also noch einmal wie in den unruhigen Zeiten der Religionskriege vor damals 300 Jahren Zufluchtsort und „Insel des Friedens“, dieses Mal vor rassistischer Verfolgung? Auch der Nachfolger des erwähnten nationalsozialistischen Organisten und Musiklehrers von 1933, der vor einigen Jahren erst pensionierte Organist an der Sankt-Petri-Kirche und Musikdozent an

einem Kopenhagener Lehrerseminar Gert Abramczik, hat seinen Umzug aus dem von den Nationalsozialisten regierten Deutschland nach Kopenhagen aus diesem Grunde ausgesprochenmaßen immer als Befreiung empfunden!

7. Tradition als Verpflichtung

In der Gegenwart hat die Sankt-Petri-Gemeinde nicht annähernd mehr die große und mächtige Mitgliedergrundlage von früher und auch nicht mehr die frühere gesellschaftliche Bedeutung in der dänischen Hauptstadt. Aber sie hat immernoch eine große geschichtliche Tradition zu verwalten, u. a. die bedeutenden Baudenkmäler der Sankt-Petri-Kirche und der Grabkapellen, die in erster Linie historische Denkmäler der dänischen Geschichte sind. Und der dänische Staat ist sich dessen angesichts der anstehenden großen Restaurierungsaufgaben auch bewußt.

Anmerkungen

- 1 Dr. Johannes Jensen war von 1976 bis 1991 als Studiendirektor Leiter der Sankt-Petri- Schule in Kopenhagen. Über die Geschichte der Schule von 1932-1949 hat der Historiker und Germanist bereits 1986 in den Grenzfriedensheften berichtet (H.3, S.131-155). *Die Redaktion*
- 2 Der vorliegende Aufsatz ist die überarbeitete Fassung eines Vortrages, der im Frühjahr 1993 im Bugenhagensaal der Sankt-Petri-Gemeinde vor der „Dansk Tysk Selskab“ in Kopenhagen und vor den Sektionen Kiel, Husum und Plön der „Deutsch-Dänischen Gesellschaft“ in Schleswig-Holstein gehalten worden ist. Wenn nichts anderes genannt wird, stammen die Informationen aus den vorliegenden Standardwerken über die Geschichte der Gemeinde und Schulen:
Louis Bobe, Die deutsche St. Petri Gemeinde zu Kopenhagen, ihre Kirche, Schulen und Stiftungen 1575-1925, Kopenhagen 1925,
Johannes Lehmann, P. H. Frosell, Hans W. Praetorius, Die St.Petri Schulen in Kopenhagen und ihre 400 jährige Geschichte, Kopenhagen 1975,
ST. PETRI 1575-1975-400 Jahre deutsche evangelisch-lutherische St.Petri Gemeinde zu Kopenhagen. Beschrieben von Johannes Dose und Niels Haselmann, Kopenhagen 1975.
Es erweist sich, daß die für Dänemark, Schleswig-Holstein und Deutschland außerordentlich interessante Geschichte dieser beiden Institutionen noch längst nicht als abschließend geschrieben betrachtet werden kann. So zeigt der Blick in die Originalquellen, daß Louis Bobe in seiner bisher umfangreichsten Darstellung der Geschichte von Sankt Petri nicht immer alle wichtigen

- Nuancen herausgearbeitet hat und daß sie auch nicht von Fehldeutungen frei ist. Andererseits gibt es in seinem lesenswerten und stoffreichen Buch eine Menge Hinweise auf Persönlichkeiten und Vorgänge, die es verdienten, nach den Originalquellen der Vergessenheit neu entrissen zu werden. Dieser Aufsatz enthält einige wenige Beispiele dafür.
- 3 Viele weitere Beispiele dafür in der wichtigen neuen Untersuchung der dänischen Germanistin Vibeke Winge, *Dänische Deutsche - deutsche Dänen, Geschichte der deutschen Sprache in Dänemark 1300-1800 mit einem Ausblick auf das 19. Jahrhundert*. Heidelberg 1992.
 - 4 Ludvig Holberg, „Den Stundeslese“, 2. Akt, 2. Szene. Die Verfasser des großen Holberg-Wörterbuches haben die hier vorgeschlagene Deutung von „Regula Petri“ nicht gekannt und können mit dem Ausdruck nicht recht etwas anfangen. Vgl. Holberg *Ordbog*, Bd.4, Spalte 734.
 - 5 H. Kyrre og H. P. Langkilde, *Byens Skole*, København 1926, S. 87ff.
 - 6 Wilhelm Lehmann, *Tagebuch 1811 bis 1831*, itn Privatbesitz. Eintragungen zu den Jahren 1820 bis 1823 nach der Abschrift von H.W.Praetorius.
 - 7 Vibeke Winge, *Dänische Deutsche - deutsche Dänen*, S. 9.
 - 8 *Dansk Identitetshistorie*, Red. Oie Feldbæk, Bd. 1-2, København 1991.
 - 9 Orla Lehmann, *Efterladte Skrifter*, Bd. 1, København 1872, S. 17.
Louis Bobe macht aus dieser sehr sachlich differenzierenden Bemerkung Orla Lehmanns, die nicht die Schule belastet, sondern lediglich die „anmaßende Art“ des Hauptpastors Dr. Kochen, leider fälschlich eine nationalistische Aussage Lehmanns über die Schule „als einen der Vorposten pangermaniseher Propaganda“, vgl. Louis Bobe, *Die deutsche St.Petri Gemeinde...*, S. 253.
 - 10 Kongelig Bibliotek, *Ny kgl. Saml.* 2072 b 4°, Friedrich Münter an Balthasar Münter, Lübeck, den 5. Juli 1781.
 - 11 Kongelig Bibliotek, *Ny kgl. Saml.* 520, 8°, Balthasar Münter an Friedrich Münter, Kopenhagen, Freytag 27. Juli 1781. Louis Bobe hat diese fein abgewogene Antwort des Vaters leider nur sehr verkürzt und vergrößert wiedergegeben. In: *Die deutsche St.Petri Gemeinde...*, S.130
 - 12 Vibeke Winge, *Dänische Deutsche - deutsche Dänen*, S. 330f.
 - 13 vgl. Anmerkung

Königlicher Besuch

Margarethe II. von Dänemark in der Bundesrepublik Deutschland

Im März 1994 statteten die dänische Königin Margarethe II. und ihr Mann Prinz Henrik der Bundesrepublik Deutschland einen offiziellen Besuch ab.

Am 14. März trafen die Gäste zu ihrem viertägigen Deutschlandaufenthalt in Bonn ein. Bei der Begrüßung am Bonner Rathaus ließ es sich die Königin nicht nehmen, eine kurze Ansprache auf deutsch zu halten. Für den Abend hatte Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu einem festlichen Essen in das Gästehaus auf dem Petersberg bei Bonn geladen. Am 15. März traf die Königin in Trier mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und SPD-Vorsitzenden Scharping sowie in Bonn mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Der besondere Akzent des ersten offiziellen Deutschlandbesuchs der dänischen Königin seit der Wiedervereinigung lag jedoch auf einer in Berlin beginnenden Rundreise durch die neuen Bundesländer.

Die Wiedervereinigung Deutschlands, der Fortgang der europäischen Integration, u.a. durch den Beitritt Norwegens, Schwedens und Finnlands, sowie die Überwindung historischer Gegensätze zwischen Deutschland und Dänemark in ihrem beispielhaften Charakter für die Lösung nationaler Konflikte waren denn auch die Hauptaspekte der Reden, die der Bundespräsident und sein dänischer Gast beim festlichen Abendessen am 14. März 1994 hielten. Die Königin würdigte zudem die Rolle Richard von Weizsäckers, mit dem sie zum letzten Mal während seiner Amtszeit als Bundespräsident zusammentraf.

Die Reden der beiden Staatsoberhäupter dürfen als offizielle Bestandsaufnahme der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark im europäischen Kontext betrachtet werden – eine Bestandsaufnahme, die über den Tag hinaus von Interesse ist. Wir geben daher die zentralen Passagen beider Reden im folgenden wieder.

Jörn-Peter Leppien

Ansprache der dänischen Königin Margarethe II.

„Die festgefrorene Europa-Karte des kalten Krieges ist mit einer Geschwindigkeit und in einem Umfang aufgetaut, welche die Vorstellungskraft der meisten Menschen übertroffen hat: Deutschland wurde wieder zusammengefügt. In Dänemark konnten wir durch Zeitungen und Fernsehen die Entwicklung Tag für Tag verfolgen, und wir freuten uns mit den jubelnden Menschenmengen über

Hoffnungen, die endlich in Erfüllung gingen. Auch wir verspürten den dadurch allmählich weichenden Druck. Es wurde jedoch wieder Alltag; ein wenig grauer, als ihn die Hoffnung gemalt hatte, und für alle in Ihrem Land etwas mühsamer als erwartet.

Dieser Besuch in Deutschland, den der Prinzgemahl und ich auf Ihre freundliche Einladung heute einleiten, wird uns an viele Orte bringen, die mit der europäischen Kulturgeschichte – der Geschichte Dänemarks und der meiner Vorfahren – unauflösbar verknüpft sind. Unsere Reiseroute wird somit Brücken schlagen zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Wir werden Gegenden erleben, die für uns - wie für so viele andere unserer und jüngerer Generationen - bisher unbekanntes, ja geschlossenes Land waren, so weit wir uns erinnern können. Es sind diese Erlebnisse, auf die sich der Prinzgemahl und ich aufrichtig freuen. Gleichzeitig empfinden wir es als richtig und natürlich, hier in Bonn zu beginnen, das seit dem Zweiten Weltkrieg im Mittelpunkt der Versöhnung und der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern steht, auf denen unsere gemeinsame Zukunft ruht. Die Verbindungen zwischen Deutschland und Dänemark sind heute auf allen Ebenen eng und freundschaftlich. Deutschland ist der größte Handelspartner Dänemarks, und unsere Regierungen haben sowohl bilateral als auch auf europäischer und internationaler Ebene eine enge Zusammenarbeit hinsichtlich der vielen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, denen wir täglich begegnen. Die gegenseitigen Beziehungen, die unsere beiden Länder über mehr als ein Menschenalter aufgebaut haben, können in historischer Perspektive als Vorbild internationaler, verständnisvoller Zusammenarbeit dienen. Ich denke in dieser Hinsicht nicht zuletzt an das reibungslose Verhältnis, das seit 1955 im Grenzland herrscht. Ich meine, daß unsere diesbezüglichen Erfahrungen zum Wertvollsten gehören, was wir gemeinsam hervorgebracht haben. Möge dies zu einem Zeitpunkt, zu dem sich Minderheitenfragen vielerorts aufdrängen, auch anderen ein Beispiel sein.

Entwicklung und Fortschritt sind nicht notwendigerweise vereinbar. Davon gibt es in der Geschichte zahllose Beispiele. Es läßt sich auch nicht verhehlen, daß wir in Europa erneut das Grauen des Krieges aus nächster Nähe erleben müssen oder daß es auch in unserem Teil der Welt Länder und Bevölkerungen gibt, für die Not und Elend alltäglich geworden sind.

In dieser Zeit des Umbruchs ist es wichtig, an die Ideale der Freiheit und der Demokratie zu glauben und an ihnen festzuhalten, an der Selbstbestimmung der Völker und am Respekt vor der Integrität des einzelnen Menschen. Dies sind Werte, die in der gemeinsamen europäischen Kulturtradition tief verwurzelt sind und zu denen sich unsere beiden Länder, Deutschland und Dänemark, bekennen. Das Recht und die Möglichkeit, sich frei äußern zu können, die Landesgrenzen überqueren und in anderen Ländern Arbeit suchen zu können, haben allmählich

die westeuropäischen Länder immer enger miteinander verbunden und viele historische Barrieren zunichte gemacht. Die politischen Umbrüche der letzten Jahre haben dem Europa unserer Zeit ein neues Gesicht und neue Möglichkeiten verliehen. Mögen wir gemeinsam diese Möglichkeiten mit Vertrauen und Verständnis erforschen und nutzen, damit keine neuen Barrieren dort entstehen, wo die alten zerbröckelten.

Herr Bundespräsident! Während Ihrer langen Amtszeit als Präsident der Bundesrepublik Deutschland hatten wir mehrmals Gelegenheit, einander zu treffen. Mit Freude denke ich an diese Begegnungen zurück, die mir in Erinnerung bleiben werden wegen des lebhaften Engagements und der starken und menschlichen Haltung zu aktuellen Fragen der Zeit, welchen Sie auch bei diesen Gelegenheiten wärmstens Ausdruck verliehen. Dieses persönliche Engagement war ebenfalls für Ihre langjährigen Bemühungen um Frieden und Versöhnung in Europa kennzeichnend – Bemühungen, die zu Recht Respekt und Bewunderung auch weit außerhalb der Grenzen Deutschlands hervorgerufen haben. Ihre Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Einheit ist unschätzbar.“

Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker

„Ihre erneute Reise nach Deutschland ist Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Unsere Nachbarschaft hat sich nach den schweren Belastungen der Vergangenheit in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gut entwickelt. Meine Landsleute und ich freuen uns besonders über Ihr Interesse an unseren östlichen Bundesländern, die einen Schwerpunkt in Ihrem Besuchsprogramm bilden und gleichzeitig ein Beweis für die Anteilnahme sind, die Dänemark der Verwirklichung der deutschen Einheit entgegenbringt.

Für uns Deutsche stellen sich die Vereinigung unseres Landes und die Einigung unseres Kontinents als ein untrennbarer Zusammenhang dar. Wir haben den festen Willen, unsere innere Einheit in einem immer stärker zusammenwachsenden Europa zu verwirklichen. Wir sind und bleiben ein stabiler und verlässlicher Partner bei der Weiterentwicklung der europäischen Einigung. Die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Dänemark und Deutschland sind dafür eine solide Grundlage.

Die Erinnerung an die bösen Jahre 1940 bis 1945 ist keineswegs getilgt. Aber gerade in diese Zeit fiel die großartige Rettungsaktion der dänischen Bevölkerung im Oktober 1943, deren 50jähriges Gedenken im vergangenen Jahr begangen wurde. Für uns Deutsche ist es versöhnlich, daß eine Persönlichkeit wie der unvergessene Diplomat Georg Ferdinand Duckwitz daran beteiligt war.

Kulturell gibt es zwischen unseren Völkern und Bürgern einen lebhaften Austausch, der sich weitgehend ohne staatliche Einwirkung entwickelt.

Ein weiterer Grund zur Genugtuung sind die intensiven Wirtschaftsbeziehungen. Deutschland ist der größte Handelspartner Dänemarks, und Dänemark ist, gemessen an seiner Bevölkerungszahl und an seinem Volkseinkommen, einer der größten ausländischen Investoren in den neuen Bundesländern. Bei Ihren Besuchen in Thüringen, Sachsen und insbesondere Mecklenburg-Vorpommern werden Sie erleben, wie positiv diese Investitionstätigkeit von unserer Bevölkerung aufgenommen wird.

Es ist eine Freude, heute feststellen zu können: Die Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Deutschland ist in allen denkbaren Bereichen eng und vertrauensvoll.

Im Vordergrund unserer politischen Beziehungen stehen unsere gemeinsamen Interessen in der Europäischen Union. Die nationalen und regionalen Merkmale sollen erhalten und gefördert, die nationale Identität gewahrt bleiben. Wir verstehen hier das dänische Anliegen sehr gut. Unser gemeinsames Integrationsziel ist eine Einheit in Vielfalt.

Die beiden Volksabstimmungen in Dänemark haben uns gezeigt, daß wir nur mit dieser Zielsetzung die Zustimmung unserer Bürgerinnen und Bürger zur Weiterführung der europäischen Einigung erhalten. Wesentliche Begriffe wie ‚Offenheit‘ und ‚Bürgernähe‘ haben durch die dänische Diskussion heute ein höheres Gewicht erhalten.

Die traditionelle Brückenfunktion Dänemarks als Bindeglied nach Norwegen, Schweden und Finnland erhält durch den Beitritt dieser Staaten zur Europäischen Union eine neue Dimension. Die auch von uns nachdrücklich gewünschte und unterstützte Norderweiterung wird dem deutsch-dänischen Verhältnis zusätzliche Impulse geben. Wir freuen uns über die hervorragende deutsch-dänische Zusammenarbeit bei den wahrlich nicht einfachen Verhandlungen über diese Erweiterung.

Wenn wir vom deutsch-dänischen Verhältnis sprechen, dann denken wir auch stets an unsere Minderheiten zu beiden Seiten der Grenze. Unsere beiden Staaten haben hier auf der Grundlage der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 einen gemeinsamen Weg der Respektierung und Förderung gefunden, der immer wieder auch im Hinblick auf andere europäische Regionen als richtungsweisend anerkannt wird.

Gerade angesichts aktueller Nationalitäten- und Minderheitenkonflikte anderswo in Europa könnten die hier gefundenen und tagtäglich praktizierten Lösungen ermutigen und möglicherweise als Vorbild dienen.

Nach Aufhebung der Teilung Europas, nach Wegfall des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer sehen sich unsere beiden Länder neuen Herausforderungen gegenüber. Als Anrainer der Ostsee muß unser Augenmerk gerade auch dem Ostseeraum gelten, in dem die Entwicklung normaler Strukturen der

Zusammenarbeit über Jahrzehnte durch ideologische Gegensätze behindert war. Gemeinsam können wir glücklicherweise die jetzt bestehenden Chancen nutzen, über Grenzen hinweg politische Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand zu schaffen und das in west-östlicher Richtung bestehende Wohlstandsgefälle abzubauen. Im vor zwei Jahren auf deutsch-dänische Initiative in Kopenhagen gegründeten Ostseerat arbeiten Dänemark und Deutschland bereits mit dieser Zielsetzung zusammen.

Auch in unserer Eigenschaft als Nato-Partner stehen wir angesichts der neuen Situation in Europa vor neuen Aufgaben. Es ist unser Wunsch, mit Hilfe der Nato-Initiative ‚Partnerschaft für den Frieden‘ die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas schrittweise in die bewährten Sicherheitsstrukturen einzubeziehen. Wir sind dankbar, daß Dänemark hier bereits konkrete Absprachen mit verschiedenen Ländern in seiner geographischen Nachbarschaft getroffen hat.

Der schreckliche Konflikt im ehemaligen Jugoslawien warnt uns, was geschehen kann, wenn ethnischer Haß und nationale Expansionspolitik wieder die Oberhand gewinnen. Gleichzeitig ruft er uns den Wert der im freien Teil Europas nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten Zusammenarbeit in Erinnerung. Sie hat auch unseren beiden Ländern und Völkern geholfen, nach Heimsuchung und Katastrophe wieder zueinander zu finden. Hieraus erwächst uns für die Zukunft die besondere Verpflichtung, gemeinsam für Frieden, Stabilität und Wohlbefinden der Völker wie auch für Freiheit, Würde und Rechte der Menschen einzutreten, wo immer diese bedroht sind.

Ihr hohes Ansehen, Majestät, wirkt über die Grenze hinweg tief nach Deutschland hinein. Deshalb ist Ihr Besuch bei uns ein festliches Ereignis, über das wir uns von Herzen freuen.“

Unsere Mitgliederversammlung 1994

Am 7. Mai hielt der Grenzfriedensbund seine Hauptversammlung wieder in Husum und wieder im Handwerker-Vereinshaus in der Süderstraße ab. Der Vorsitzende konnte rd. 100 Mitglieder und Gäste begrüßen, unter diesen den Bürgervorsteher der Stadt Husum, Herrn Dr. Hielmcrone, die Landtagsabgeordneten Frau Hars, Herrn Solterbeck und Herrn Millack, die neue nordfriesische Kreispräsidentin Frau Schnack, den Grenzlandbeauftragten der Ministerpräsidentin, Herrn Kurt Schulz, und den neuen dänischen Generalkonsul, Herrn Prof. Lorenz Rerup. Der Bund deutscher Nordschleswiger war durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden Leif Nielsen und die Arbeiterwohlfahrt durch die Landesvorsitzende Frau Fojut vertreten. Für das Nordfriesische Institut war Herr Redlin unter den Gästen.

Besonders herzlich begrüßt wurde Frau Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit, die im späteren Verlauf der Versammlung über „Sozialpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Grenzregion“ referierte. Ihren Vortrag bringen wir in vollem Wortlaut an anderer Stelle in diesem Heft.

Der Vorsitzende richtete in seiner Begrüßung die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf Entwicklungen und Ereignisse im Jahre 1993, z.B. auf die Zustimmung der Mehrheit des dänischen Volkes zu den Maastricht-Verträgen, auf die Kommunalwahlen in Dänemark, bei denen die Schleswigsche Partei der deutschen Volksgruppe überraschend gut abschnitt, auf die Besuche der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Heide Simonis in Tondern und in Kopenhagen und auf die gerade nach der deutschen Wiedervereinigung und den bösen Ausschreitungen in Mölln, Lübeck, Solingen usw. immer noch bestehende Skepsis vieler Dänen gegenüber dem deutschen Volk. Herr Thomsen mahnte eine geduldige Überzeugungsarbeit an, um dieses nach seiner Meinung falsche Bild von den Deutschen zu korrigieren.

Dann richtete eine stattliche Reihe von Grußwortrednern das Wort an die Versammlung, so z.B. der Bürgervorsteher, die Kreispräsidentin, der Grenzlandbeauftragte, der Abgeordnete Millack, Leif Nielsen vom BdN, Frau Fojut von der AWO und Herr Redlin vom Nordfriesischen Institut. Der Generalkonsul betonte das nach seiner Meinung wachsende Vertrauen der meisten Dänen in die deutsche Demokratie. Alle Redner hoben die Arbeit des Grenzfriedensbundes im Grenzland hervor und unterstrichen die Leistung unserer Organisation im Rahmen der deutsch-dänischen Verständigung.

In seinem Geschäftsbericht wies Artur Thomsen auf die seit Jahren gesenkten Zuschüsse des Landes hin und erklärte, daß auch die beschlossene Beitragserhöhung ab 1994 das Minus nur zu einem Teil ausgleichen könne. Das Zahlenwerk erläuterte die Geschäftsführerin, Frau Schumann. Herr Kuhlmann bescheinigte im Namen der Revisoren dem Vorstand und der Geschäftsführerin

eine sorgfältige, ordnungsgemäße und sparsame Haushaltsführung. Die Versammlung erteilte daraufhin einstimmig Entlastung. Für langjährige Mitgliedschaft im Grenzfriedensbund konnten in diesem Jahre 32 Damen und Herren geehrt werden. Der Vorsitzende dankte ihnen in einer kurzen Ansprache für ihre Treue.

40-jährige Mitgliedschaft

1. Klaus Bartnitzke, Flensburg
2. Gisela Bloch, Oldenswort
3. Annelene Bondzio, Husum
4. Heinz Brich, Rantum
5. Martin Clausen, Rendsburg
6. Johanna Dittrich, Quickborn
7. Else Ellinghaus, Tönning
8. Heinke Hansen, Husum
9. Henny Herpers, Mildstedt
10. Grete Illich, Tellingstedt
11. Carla Lausberg, Husum
12. Christel Mielke, Flensburg
13. Dr. Erwin Obermeier, Eutin
14. Ernst Petersen, Kronshagen
15. Johannes Petersen, Süderbrarup
16. Elisabeth Rogge, Mildstedt
17. Hans-Gerhard Schmoll, Heide
18. Karl Schubert, Flensburg

25-jährige Mitgliedschaft

1. Erich Clausen, Tönning
2. Alfred Engel, Flensburg
3. Eduard Lange, Schleswig
4. Helmut Mende, Schleswig
5. Elfriede Otterbach, Glücksburg
6. Hans Petersen, Pellworm
7. Richard Piest, Jübeck
8. Willi Pribnow, Schleswig
9. Dieter Schladetzky, Husum
10. Renate Schladetzky, Husum
11. Diethelm Tuschy, Flensburg
12. Erna Utermann, Mildstedt
13. Waldemar Weiß, Satrup
14. Karl-Theodor Wohlenberg, Bollingstedt

Nach dem Vortrag der Ministerin Heide Moser, der im vorliegendem Grenzfriedensheft abgedruckt ist, folgte das gemeinsame Mittagessen, das wie immer die Versammlung abschloß und Gelegenheit zu manchen Gesprächen gab.

Die Redaktion

Willkommen für den dänischen Generalkonsul Professor Lorenz Rerup

Die Berufung von Professor Lorenz Rerup zum dänischen Generalkonsul in Flensburg (siehe GFH 1/1994, S. 60) ist im Grenzland auf ungeteilte Zustimmung gestoßen. Der Grenzfriedensbund – und die Redaktion der Grenzfriedenshefte – machen hier keineswegs eine Ausnahme. Umgekehrt wird der neue Generalkonsul seine guten Gründe gehabt haben, auf der Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes zu erscheinen und dort auch das Wort zu nehmen

(siehe den obigen Bericht).

Seit vielen Jahren zählt Lorenz Rerup zu den Mitarbeitern der Grenzfriedenshefte. Seinen ersten Beitrag, übrigens keine historische Arbeit, sondern eine kritische Auseinandersetzung mit dem literarischen Werk Willy-August Linnemanns, veröffentlichte Rerup hier bereits im Jahre 1959 (H. 4, S. 179-198). Zuletzt publizierten die Grenzfriedenshefte die Dankesrede, die Professor Rerup 1990 anlässlich der Verleihung des Kulturpreises der Stadt Flensburg hielt (H. 2/1991, S. 8-12) sowie seinen grundlegenden historischen Beitrag über „Schleswig – ein europäisches Beispiel für die Entstehung, den Verlauf und die Lösung nationaler Konflikte“ (H. 1/1993, S. 79-92).

Die Berufung von Professor Lorenz Rerup zum dänischen Generalkonsul hat auch in der Presse lebhafte Resonanz gefunden. So hat Rerup dem Flensburger Tageblatt ein umfängliches Interview gegeben und dabei seine politischen Ziele dargelegt (5.5.1994). In knapper Form lassen sich diese Ziele einem Bericht derselben Zeitung (21.4.1994) über einen Empfang durch Stadtpräsident und Oberbürgermeister der Stadt Flensburg entnehmen:

„Seine Ernennung zum dänischen Generalkonsul empfindet Lorenz Rerup als Beleg des ‚klaren dänischen Interesses, das gute deutsch-dänische Verhältnis weiter zu bereichern‘. Die Rückkehr an seinen Geburtsort empfindet der Flensburger als ‚märchenhaften Schlußstrich unter meine Karriere‘. Zunächst aber will der 66jährige in der 1998 endenden Amtszeit dazu beitragen, daß aus der Koexistenz von Deutschen und Dänen in der Region ein aktives Zusammenleben wird. ‚Berater für die Minderheit, Partner der Mehrheit‘, formulierte Rerup – Träger des Flensburger Kulturpreises – seine Ziele gestern beim Empfang im Rathaus durch Stadtpräsident Peter Rautenberg und Oberbürgermeister Olaf Cord Dielewicz.

Sein Amt als Generalkonsul hat der Historiker offiziell am 1. April angetreten, vor wenigen Tagen zog er in das Konsulatsgebäude am Nordergraben ein. Neben der Erledigung der Konsulatsaufgaben gemeinsam mit sechs Mitarbeitern und der Verbesserung des deutsch-dänischen Verhältnisses will Rerup gegenüber der dänischen Minderheit ‚sehr sichtbar werden‘. Und stärker als bisher wolle das Konsulat Wirtschaftskontakte fördern. Eine besondere Aufgabe sieht Rerup darin, die Verhandlungen über die Einrichtung eines Minderheiten-Instituts zugunsten der Region zu beeinflussen.“

Die Redaktion

*K. E. Tygesen: „Deutschland nicht so nationalegoistisch wie viele andere“
„...könnte es aber eines Tages werden“, meint der dänische Botschafter in Bonn*

in einem Interview in „Berlingske Tidende“ – und damit wäre dann nur ein Normalzustand erreicht

KOPENHAGEN/BONN. „Deutschland ist nicht so nationalegoistisch wie andere Nationalstaaten in Europa – darunter unser eigenes Königreich – glauben, dies sei ihr sonnenklares Recht“, hat der dänische Botschafter in Bonn, Knud Erik Tygesen, erklärt. „Wir müssen erkennen, daß das künstlich reduzierte Deutschland ein unnatürlicher Zustand war. Und wir müssen uns darauf einrichten, daß Deutschland vielleicht eines Tages genau so nationalegoistisch wird wie alle wir anderen. Deutschland wird in Zukunft wohl etwas deutscher. Äußerlich wird sich dies als weniger europäisch und weniger atlantisch ausnehmen. Aber dies bedeutet im Grunde, daß Deutschland wieder dabei ist, ein normales Land zu werden“, sagte Tygesen in einem Interview mit dem Bonner Korrespondenten Jørn Mikkelsen in der Zeitung „Berlingske Tidende“, Kopenhagen. Im heutigen Deutschland deutet nichts darauf hin, sagte Tygesen – er ist seit 1989 Botschafter in Bonn und gilt als „Tip“ für Washington im Zuge eines größeren Revirements im Frühjahr nächsten Jahres –, daß man es künftig mit einem Land zu tun haben werde, das wesentlich anders als jetzt sein werde. „Fundament ist der Maastrichter Vertrag“, betonte Tygesen. „Wenn Deutschland auch weiterhin diese Auffassung teilt, ist das Risiko eines deutschen Alleingangs minimal. Wenn dies aber alles zusammenfällt, dann sind wir alle uns selbst überlassen. Und das wird für die kleinen Länder am schlimmsten.“

„Wir haben seit 130 Jahren, seit 1864, nie so gute Verbindungen mit Deutschland gehabt“ wie heute, meinte der Botschafter, „Das liegt gerade daran, daß unser Verhältnis zu Deutschland multilateral begründet ist; in EU, Nato, Gatt, OECD. Wir haben praktisch keine Probleme, die bilateral gelöst werden müssen. Wir stehen nicht mehr allein dem großen Nachbarn gegenüber wie 1864 und 1940. Alles geht am Verhandlungstisch vor sich, an dem auch andere sitzen.“

Krisen, die in der langen Periode seit 1945 hätten entstehen können, seien nie gekommen, stellte Tygesen fest. Das sei in hohem Grad den internationalen Gemeinschaften zu verdanken.

Das Deutschland-Bild spiele in der dänischen Debatte heute eine größere Rolle. „Mit der Geschichte, die wir mit Deutschland haben, ist dies nicht verwunderlich.“ Die ungunstigen Erfahrungen, 1864 und 1940, sollten dennoch nicht vergessen werden. „Unser Verhältnis ist gut, aber man soll immer daran denken, wie es einmal war. 50 Jahre sind eine lange Zeit – in der historischen Perspektive jedoch nicht allzu viel. 45 Jahre hatten wir eine ununterbrochene, gute Zusammenarbeit mit Deutschland. Die deutsche Demokratie ist gefestigt. Wir haben die besten nachbarschaftlichen Verbindungen.“

Dänemark sei bestimmt nicht das Land, das am meisten über die deutsche Einheit

erschrak, unterstrich Tygesen. „Es gibt andere, viel größere Länder, die am meisten über die deutsche Einheit erschrecken und sich immer noch nicht an das neue Deutschland gewöhnt haben. Für Dänemark war die deutsche Einheit eine glückliche Entwicklung, weil sie große Spannungen in unserer nächsten Nachbarschaft beseitigte. Andere betrachten das großpolitisch; dies tun wir nicht in demselben Grad.“ Tygesen: „Als die Einheit 1990 kam, gab es wohl überall bange Ahnungen. Aber die Entwicklung hat sie alle widerlegt. Deutschland ist dabei, selbstbewußter zu werden, hat aber schon lange erkannt, daß es keine europäische Großmacht mehr ist.

Dies lernte man auf schmerzlichste Weise bereits 1945.“ Die beiden übrigen Großmächte, Frankreich und England, seien erst jetzt dabei, es zu lernen.

Nordschleswiger, 6.4.1994

„Besondere nationale und regionale Identität erhalten und fördern“

Folketingsvizepräsident Ivar Hansen: EU-Zusammenarbeit von Bedeutung für Grenzregion

Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave: In Europa Selbständigkeit der einzelnen Staaten erhalten

-uk- KOPENHAGEN. Die freundschaftliche Zusammenarbeit der Parlamente der Ostseeanrainerstaaten haben Folketingsvizepräsident Ivar Hansen (Venstre) und die schleswig-holsteinische Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave (SPD) gestern in Kopenhagen als politisches Ziel unterstrichen.

„Die steigende Zusammenarbeit zwischen den Ländern rund um die Ostsee und innerhalb der Europäischen Union wird ohne Zweifel die Bedeutung der Zusammenarbeit in der Grenzregion verstärken“, sagte Hansen anstelle des erkrankten Folketingspräsidenten Henning Rasmussen (Soz.) während eines Essens des Folketingspräsidiums für die Kieler Landtagsdelegation, zu der neben Erdsiek-Rave Landtagsdirektor Dr. Jürgen Schöning, Landtagssprecher Dr. Joachim Köhler, und der Leiter des Präsidialbüros, Oberregierungsrat Karl-Rudolf Fischer, zählten.

„Nach dem Fall der Mauer, der Auflösung des Warschauer Paktes, der Sowjetunion und Jugoslawiens haben wir die schrecklichsten Konsequenzen der Streitigkeiten zwischen verschiedenen Völkerschaften und ethnischen Gruppen gesehen“, sagte Hansen. „Lassen Sie uns einander danken, daß wir mit gemeinsamer Hilfe und gemeinsamem guten Willen seit langem die Probleme zwischen den Dänen und den Deutschen in Nordschleswig und Südschleswig gelöst haben.“

Hansen dankte in diesem Zusammenhang namens des Folketings dem Landtag für die Einladung zum traditionellen Parlamentarischen Treffen von Abgeordneten der Ostseeanrainerländer anlässlich der diesjährigen Kieler Woche im Juni. „Unserer Meinung nach haben Sie es richtig beurteilt, wenn der Kreis der Eingeladenen vor einigen Jahren auf das ganze Ostseegebiet erweitert wurde.“ Das Treffen bilde eine Gelegenheit, gute Freunde aus den übrigen nordischen und Ostseeländern zu treffen. „Die Kieler Woche ist ein Forum der Zusammenarbeit geworden, das dazu beiträgt, uns in Nordeuropa näher zusammenzubringen und die künstliche Trennung eines halben Jahrhunderts auszulöschen“, meinte Hansen abschließend, bevor er einen Trinkspruch auf „eine fortgesetzte Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Landtag und dem Folketing sowie zwischen Nordschleswig und Schleswig-Holstein“ ausbrachte.

„Zusammenarbeit, Partnerschaft und auch Freundschaft zwischen den Parlamenten in Kopenhagen und Kiel, aber auch zwischen den Parlamenten der Ostseeanrainer müssen unser politisches Ziel sein“, erwiderte Erdsiek-Rave.

„Die grenzüberschreitende Kooperation zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein, die vielen politischen und wirtschaftlichen Modellprojekte diesseits und jenseits unserer Grenze, die aktive Minderheitenpolitik können Beispiele für andere Regionen am Mare Balticum sein.“ Daher freue sie sich, daß dies in die Beratungen auf europäischer Ebene, sei es in die KSZE oder in Parlamentartreffen wie kürzlich in Warschau, einfließe.

„Wenn diese Erfahrungen uns dem Ziel näherbringen, ein parlamentarisch organisiertes und nicht ein zunehmend administrativ-bürokratisch organisiertes Europa zu bauen, ist unser Weg richtig. Es ist für mich keine Frage, daß die besondere nationale und regionale Identität erhalten und gefördert werden muß. Und Zustimmung zu Europa kann nur erreicht werden, wenn das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Staaten nicht in Frage gestellt wird“, unterstrich die Landtagspräsidentin.

Europa wachse immer schneller zusammen. Mit den Beitrittsbeschlüssen Norwegens, Schwedens und Finnlands zur EU sei der Ostseeraum in eine politische Phase neuer europäischer Qualität eingetreten. „Wir werden unsere Positionen im Ostseeraum diskutieren und festlegen müssen, damit die Staaten am Mare Balticum ihren Einfluß weiterhin geltend machen können. Ich bin mir sicher, daß Schleswig-Holstein und Dänemark in dieser Frage Übereinstimmung erzielen werden.“

Die Parlamente seien der richtige Ort dafür, betonte Erdsiek-Rave. Sie dürften nicht ausschließlich über Gesetzentwürfe und Anträge debattieren, sondern sollten häufiger und grundsätzlicher, auch parteiübergreifend, existenzielle Fragen diskutieren: Fragen der Politikvermittlung, Verstärkung der Bürgernähe, Politik- und Parteienverdrossenheit sowie das Selbstverständnis der demokratischen

Institutionen.

„Wir haben mit feindseligen Grenzen historisch schlimme Erfahrungen gemacht. Die Distanz vieler dänischer Bürger gegenüber dem Nachbarn Deutschland findet darin ihre Berechtigung, die Sensibilität gegenüber historisch-politischen Symbolen oder Orten ihre Erklärung.“ Daher sei es eine Hauptaufgabe, „den politischen Kräften, die Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit predigen, die alte Grenzen wiedererrichten wollen, kraftvoll entgegenzuwirken“, betonte die Landtagspräsidentin.

„Die guten nordischen Traditionen des Sozialen und Solidarischen müssen weiterhin ihre identitätsstiftende Wirkung entfalten können, dann wird für die Feinde der Demokratie kein Platz mehr sein“, sagte Erdsiek-Rave und toastete abschließend auf eine „dauerhafte und harmonische Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern.“

Nordschleswiger, 20.05.1994

Erdsiek-Rave: Mehr politischen Druck in der EZM-Frage ausüben

Schleswig-Holsteins Landtagspräsidentin in der dänischen Hauptstadt: Kopenhagen, Kiel und Bonn sollen 40jähriges Jubiläum der Erklärung von 1955 feiern / Minderheiten-Preis stiften

(jus) KOPENHAGEN. „Wir sollten jetzt erheblichen politischen und öffentlichen Druck auf die deutschen und die dänische Regierung ausüben, um möglichst bald ein Europäisches Minderheiten-Zentrum (EZM) im Grenzland einzurichten.“ Dies erklärte die schleswig-holsteinische Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave im Rahmen ihres Besuches in Kopenhagen nach einem Gespräch im Sekretariat der deutschen Volksgruppe. Dort traf der Gast aus Kiel mit Sekretariatsleiter Siegfried Matlok, dem Hauptvorsitzenden des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN), Hans Heinrich Hansen, sowie mit dem deutschen Botschafter in Kopenhagen, Hermann Gründel, zusammen.

Zuvor fand auf Christiansborg ein Meinungsaustausch mit nordschleswigschen Folketingsabgeordneten statt, an dem J. K. Hansen, (Soz), Peder Sønderby (V), Kaj Ikkast (Kons.), Poul Qvist Jørgensen (Soz.) und Jan Køpke Christensen (FRP) teilnahmen. „Ich habe bei diesem Gespräch gemerkt, daß es auf beiden Seiten noch höchst unterschiedliche Auffassungen in der EZM-Frage gibt“, so Ute Erdsiek-Rave, die mit den Abgeordneten auch die Themen Schengener Abkommen und grenzüberschreitende Drogenpolitik diskutierte. „Dabei gewann ich schon den Eindruck, daß die Dänen gerne bei Schengen dabei sein wollen...“, meinte die Landtagspräsidentin.

In ihrer Tischrede im Rahmen der Zusammenkunft mit dem Präsidium des Folketings regte Ute Erdsiek-Rave an, das 40jährige Bestehen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen im kommenden Jahr auch politisch zu feiern. „Diese Grenzland-Erklärung – ob man sie nun modellhaft nennt oder nicht – wurde vor wenigen Tagen sowohl von Königin Margrethe als auch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker ausdrücklich hervorgehoben und gelobt. Wäre dieses Jubiläum nicht ein angemessener Anlaß für ein gemeinsames Projekt, vielleicht eine minderheitenpolitische Tagung?“ Die engagierte Arbeit der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein und der deutschen Minderheit in Nordschleswig und Kopenhagen – beide können auf erfolgreiche Wahlen verweisen – sollte für diese gemeinsame Aktion eine Verpflichtung sein, so Ute Erdsiek-Rave weiter. Ihre Idee: die Stiftung eines Minderheitenpreises!

In Vertretung des erkrankten Folketingspräsidenten Henning Rasmussen (Soz.) hieß Vizepräsident Ivar Hansen (V) die Landtagspräsidentin im Folketing herzlich willkommen. „Der Kieler Landtag nimmt eine Sonderstellung für das dänische Parlament ein. Aus historischen und vielen anderen Gründen ist der Landtag das einzige Landesparlament, mit dem wir zusammenarbeiten“, so Hansen. „Unsere gemeinsame Grenzregion spielt eine große Rolle sowohl wirtschaftlich als auch kulturell. Die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze haben Bedingungen, die ein Ideal für die anderen Minderheiten in Europa geworden sind.“

Nordschleswiger, 20.05.1994

Ohne Minderheiten keine Stabilität

FUEV fordert Aufnahme von Minderheitenrechten in Europäische Stabilitätsvereinbarung

-uk- DANZIG. Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) fordert die Aufnahme von Gruppenrechten für Minderheiten sowie von beiderseitigen Loyalitätsvereinbarungen zwischen Staaten und ihren Minderheiten in den Entwurf der Europäischen Stabilitätsvereinbarung. Dafür haben sich die Delegierten des 35. FUEV-Kongresses in Danzig ausgesprochen.

Bisher seien weder Gruppenrechte für Minderheiten noch Loyalitätsvereinbarungen der Vertragsstaaten gegenüber Minderheiten und, umgekehrt, der Minderheiten zu ihren jeweiligen Herbergsstaaten im Vertragsentwurf enthalten, stellten die Delegierten in einer Stellungnahme fest. „Dies macht die Schaffung der Stabilität fraglich.“

Vor den bilateralen Vereinbarungen zwischen angrenzenden Staaten sollten deren Regierungen mit den legitimen Vertretungen ihrer Minderheiten einvernehmliche Regelungen treffen, um dadurch die spätere Einhaltung der

zwischenstaatlichen Vereinbarungen zu garantieren, in die die Minderheiten eingebunden werden müßten.

Eine Vermittlerrolle könnten dabei der Hohe Kommissar für Minderheiten der KSZE oder Staaten mit positiver Minderheitenregelung übernehmen, schlägt die FUEV vor. Bei der Vorbereitung zur Europäischen Stabilitätskonferenz sollte zudem ein FUEV-Vertreter mit Beratungsrecht anwesend sein.

Nordschleswiger, 18.05.1994

Vorerst kein Schutz durch das Grundgesetz

Minderheiten müssen weiter auf ihre Absicherung warten

FLENSBURG/BONN (Ino). Eine verfassungsmäßige Absicherung von Minderheiten und Volksgruppen durch einen Artikel im Grundgesetz wird es in naher Zukunft voraussichtlich nicht geben.

Das ging gestern aus einer Erklärung des CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Börnsen aus Bönstrup hervor. Er kritisierte die eigene CDU/CSU-Fraktion sowie den Koalitionspartner FDP, die auf einen entsprechenden Passus in der vorgesehenen Neufassung des Grundgesetzes verzichten wollen. Eine verfassungsmäßige Absicherung der in Deutschland lebenden Minderheiten wird bereits seit rund drei Jahren mit unterschiedlichen Auslegungen durch die Parteien diskutiert. Grundsätzlich hatte sich die Gemeinsame Verfassungskommission für die Aufnahme eines solchen Artikels ausgesprochen. Umstritten ist jedoch neben der Nennung von Dänen, Friesen und Sorben auch die von Roma und Sinti als angestammte Volksgruppe in Deutschland. Nach Angaben des CDU-Politikers hat die Koalition die Aufnahme eines entsprechenden Artikels in das Grundgesetz nun gänzlich abgelehnt. „Die Tür für den Schutz von Volksgruppen in der Verfassung darf sich jedoch nicht schließen“, meinte Börnsen.

Als Vertreter eines Bundeslandes mit einer großen dänischen Minderheit und einer aktiven friesischen Volksgruppe setze er sich weiterhin für die Absicherung von Minderheiten im Grundgesetz ein, „wie es auch der Kieler Landtag getan hat.“

Ein von Börnsen angekündigter Gruppenantrag mehrerer Bundestagsabgeordneter soll nun doch noch für den Schutzartikel für Dänen, Sorben und Friesen sorgen. „Andere regional nicht eingrenzbare Minderheiten genießen durch die Regelungen des Europarates und der Vereinten Nationen ausreichend Schutz“, meinte der CDU-Politiker.

Flensburg Avis, 27.05.1994

„Es muß eine Grenze geben“

So lautet der Titel eines neuen 30-minütigen Video-Films über die dänische Minderheit, den der Südschleswigsche Pressedienst im Auftrag des Südschleswigschen Vereins und in Zusammenarbeit mit der Aarhuser Fima Peter Tjellesen (PTV) produziert hat.

Das Video mit dem Untertitel „Ein Film über eine Minderheit“ zeigt einen breiten Ausschnitt aus dem dänischen Kulturleben südlich der Grenze und geht auch auf die historische Dimension ein. Die durch den SSW repräsentierte politische Arbeit der Minderheit und der wirtschaftlich-soziale Aspekt bleiben dagegen weitgehend ausgeblendet.

Schöne Landschaftsaufnahmen und Stadtprospekte oder ansehnliche historische Gebäude vermitteln ebenso wie stattliche Aufmärsche beim dänischen Jahrestreffen und die Stellungnahmen von Repräsentanten der Minderheit ein ungebrochenes Bild in leuchtenden Farben – wie es bei einem Informationsfilm mit deutlich werbender Absicht wohl kaum anders zu erwarten ist. Differenziertere Informationen bietet der Film zur Frage der nationalen Identität der Minderheit in bezug auch auf die neueren nationalen Entwicklungen in Ost- und Südosteuropa.

„Hein“ Sörensen von Nordstrand, dessen Informationen und Stellungnahmen als filmischer Leitfaden dienen, meint: „Es muß eine Grenze geben“; denn „Grenzen liegen im Herzen, nicht auf der Karte“. Es wird also das menschliche Bedürfnis nach nationaler Identität konstatiert und – durchaus plausibel – die Botschaft vermittelt, daß eine Veränderung von Staatsgrenzen oder ihre relative Bedeutungslosigkeit in einem künftigen Europa nationale Minderheiten wie die dänische nicht schwächen, sondern eher stärken werden.

Der Film liegt in dänischer und deutscher Sprache vor; eine englischsprachige Ausgabe ist in Vorbereitung. Kopien stehen den Institutionen der Minderheit, die auswärtige Besucher betreuen, kostenlos zur Verfügung. Auch in entsprechenden deutschen Einrichtungen läßt sich der Film verwenden.

Sowohl deutsche als auch dänische Benutzer sollten sich allerdings darüber im klaren sein, daß der Film allein sicher keinen umfassenden Einblick in das vielschichtige Leben der Minderheit und in ihre Probleme vermitteln kann. Eine Informationsschrift („Südschleswig – der Landesteil und die dänische Volksgemeinschaft“), die jeder Kopie des Videos beigelegt und laufend aktualisiert werden soll, mag hier einen gewissen Ausgleich schaffen.

Jörn-Peter Leppien

„Ärsmøde“: Flensburgs Flagge darf wehen

(ft). Zwischen vielen „Danebrogs“ wird beim Jahrestreffen der dänischen

Minderheit („Årsmøde“) an diesem Wochenende auch die Flensburg-Flagge wehen. „Nachdem der Hauptvorstand des Südschleswigschen Vereins den Beschluß gefaßt hat, das Hissen regionaler Flaggen zu erlauben, wird in diesem Jahr zum ersten Mal die Flensburger Fahne über dem Årsmødeplatz wehen“, heißt es in einer Mitteilung des Südschleswigschen Pressedienstes.

Die Flagge war vor der Årsmøde 1993 der dänischen Minderheit von Stadtpräsident und Oberbürgermeister geschenkt worden. Daraufhin brach der „Flaggen-Streit“ insbesondere in der dänischen Minderheit aus: Konservative Angehörige lehnten das Hissen der Flagge ab, weil sie das Nesselblatt als deutsches Symbol zeige. Damit gerieten sie auch in die Schußlinie liberaler Vertreter der Minderheit. Und Stadtpräsident Rautenberg erhielt großen Beifall von den Angehörigen der Minderheit, als er während des letztjährigen Festes die Hoffnung aussprach, 1994 die Flensburg-Flagge wehen zu sehen.

Flensburger Tageblatt, 04.06.1994

Jahrestreffen im Zeichen Europas

20 000 Teilnehmer bei der 68. „Årsmøde“

FLENSBURG/HUSUM (Ino). Das traditionelle Jahrestreffen der dänischen Volksgruppe in Schleswig-Holstein stand am Wochenende deutlicher als in den Vorjahren im Zeichen der Europa- und Minderheitenpolitik. An den 50 Veranstaltungen nahmen rund 20 000 Menschen teil. Übereinstimmend sprachen sich gestern in Flensburg, Husum und Schleswig auf den Schlußkundgebungen der 68. „Årsmøde“ dänische und deutsche Politiker für eine rege Teilnahme an der bevorstehenden Europaparlamentswahl (Dänemark 9. Juni; Deutschland 12. Juni) aus. „Die Wahl muß auch ein klares Votum gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus werden“, forderte die Kieler Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave (SPD) in Husum. Europa brauche demokratische Partner und keine menschenverachtenden neuen und alten Nationalisten.

Dänemarks Außenminister Niels Helveg Petersen (Linksliberale Partei) würdigte die Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland und ihre 1995 vier Jahrzehnte bestehenden grundlegenden Bonn-Kopenhagener Erklärungen als Beispiel für friedliche Konfliktlösungen. Auseinandersetzungen zwischen den Staaten aufgrund von Minderheiten- und Grenzfragen zu verhindern, sei wesentliches Stabilitätsziel in Europa, meinte Petersen in Flensburg. „Wir können stolz sein auf dieses einzigartige Grenzlandmodell“, das auf ganz Europa abfärben sollte, sagte der Minister.

Europaweit sei notwendig, das Bewußtsein für die Bedeutung des Schutzes von

Minderheiten zu vertiefen, forderte Schleswig-Holsteins Innenminister Hans Peter Bull (SPD) in seiner Rede in Flensburg.

Flensburger Tageblatt, 06.06.1994